

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

191 (18.8.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Lützenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 1.20 M. Die Vierspaltige 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Oberschlesien

Dr. Wirth über die Entscheidung des Obersten Rates

Berlin, 17. Aug. Der Reichstagspräsident empfing heute einen Vertreter der „Völk. Stg.“ und machte zur ober-schlesischen Frage folgende Mitteilung:

Sie fragen mich, welchen Standpunkt die Reichsregierung zur neuen Wendung in der ober-schlesischen Frage einnimmt. Ich will zunächst eine tatsächliche Feststellung machen. Aus dem von dem französischen Ministerpräsidenten unterm 12. August in Paris überreichten Schreiben haben wir lediglich erfahren, daß der Oberste Rat die Grenzfestsetzung der ober-schlesischen Frage verweigert hat. Ueber die Befragung des Völkerbundes hat man uns keine Mitteilung gemacht, so daß ich mir in diesem Punkt Zurückhaltung auferlegen muß, bis sich Klarheit über die verschiedenen rechtlichen und tatsächlichen Fragen ergeben hat, die wir aus der Herbeiführung einer neuen, wenn auch vielleicht nur beratenden oder nur gutachtlichen Instanz erwarten können. Rückhaltlos dagegen kann ich mich über die ober-schlesische Frage an sich und über die Stellung der Reichsregierung dazu äußern. Die ober-schlesische Bevölkerung und das ganze deutsche Volk haben die Entscheidung des Obersten Rates mit zitterndem Herzen, aber mit Zuversicht erwartet. Wir haben das Gefühl, daß der unanfechtbare Rechtsstandpunkt, auf den sich unser Anspruch auf Oberschlesien gründet, und die offene Politik, die die Reichsregierung vertritt, nicht ohne Einfluß in der Welt bleiben kann. Wir dürfen hoffen, daß die historische, kulturelle und wirtschaftliche Legitimation Deutschlands auf Oberschlesien anerkannt werden wird, die die Zuteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zur Notwendigkeit macht. Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien darum, im Verfolg imaginärer Sonderinteressen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in erster Linie der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Ein solcher Grundgedanke wäre gefährlich und für den europäischen Weltfrieden verhängnisvoll. Leider wurde die Entscheidung erneut verweigert und die ober-schlesische Frage, die seit 1 1/2 Jahren eine arbeitende Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens. In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Entscheidung über Oberschlesien ablehnt, wird verkündet, daß der Aufschub möglichst kurz sein werde. Ich erlaube mir ein solches Einverständnis, daß man sich an Oberschlesien auf das schwerste verfahren würde, wenn man es noch in dieser Schwebe lassen läßt und wenn man dem unglücklichen Land noch immer nicht sein Recht gibt.

Angemessen und vernünftig beachtet wird, läßt sich eine friedliche Lösung der nationalen Gegensätze an der sehr schwierigen deutschen Ostgrenze erhoffen, andernfalls würde eine neue Verwirrung unabweisbar sein. Die Entscheidung über Oberschlesien kann nicht anders fallen und deutsch sein.

Lloyd George hat England hinter sich

11. Paris, 17. Aug. Die ausführlichen Erklärungen Lloyd Georges über die internationale Lage, besonders über Oberschlesien und über das Verhältnis zu Frankreich, sind in London mit enormem Beifall aufgenommen worden. Asquith hat bei Beginn der Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten in längeren Ausführungen seine Zustimmung ausgedrückt. Besonders um Lloyd Georges Haltung gegenüber Frankreich anzuerkennen. Lloyd George unterbrach den Diskussionsredner Asquith wiederholt mit Bravo-rufen. Die Sitzung bot das seltene und seltsame Schauspiel, daß zwei der verbissensten Gegner sich gegenseitig Komplimente machten. Sehr wichtig ist, daß auch die Arbeiterpartei in der Person von Thomas die Zustimmung zu der Politik der Regierung auf der Pariser Konferenz erklärte. Die Interessen Englands und die Stärkung des künftigen Weltfriedens verbieten, daß Deutschland zu Boden gedrückt wird. Die Sicherung Frankreichs besteht nicht in der Niederdrückung Deutschlands, sondern in der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen der Welt. Der Verlauf der Regierungserklärung beweist also, daß Lloyd George das gesamte England hinter sich hat.

Italienische Truppen für Oberschlesien

11. Paris, 18. Aug. Ein Telegramm aus Rom an ein französisches Nachrichtenbüro meldet, daß zwei italienische Bataillone nach Oberschlesien abgegangen sind.

Bersammlung deutsch-polnischer Parteien

11. Breslau, 18. August. Die Bersammlung der besetzten Vertreter aller deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften hat am 1. August in Katowitz stattgefunden. Zweck der Bersammlung war, die Erörterung von Maßnahmen, die geeignet sind, innerhalb der Bevölkerung Oberschlesiens ein friedliches Verhältnis anzubahnen. Es wurde mitgeteilt, daß die besetzten Vertreter beider Nationen getrennte Auftragsverfassungen, die aber dem Sinn nach übereinstimmen und gleichzeitig in den deutschen und polnischen Zeitungen Oberschlesiens erscheinen werden. Der Auftragsvertrag betont die Notwendigkeit der Herbeiführung der nationalen Gegensätze und erklärt sich gegen jede gewaltsame Lösung der ober-schlesischen Frage, gegen Gewalttätigkeiten und Verdrängung Andersdenkender und kündigt die Bildung paritätisch zusammengesetzter Ausschüsse an, die dafür sorgen sollen, daß in friedlicher Zusammenarbeit Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werde. Die Bildung dieser Ausschüsse ist bereits in Angriff genommen. Ferner wurde vereinbart, daß Ausführenden, die auf irgendwelcher Seite vorkommen, nachgeprüft werden sollen.

Der Franzosenschrecken in der Pfalz

11. Zweibrücken, 17. August. (Drahtbericht). Hier haute man auf Reichslosten für 5 Mill. Mark Offizierswohnungen. Die Pläne fanden Genehmigung der zuständigen Besatzungsbehörde. Die fertigen Wohnräume aber erfreuen sich nicht des Beifalls der Herren Offiziere, besonders nicht des neuen Kommandanten Oberstleutnant Allard, für den es den „Deutschen“ im Sprachgebrauch überhaupt nicht gibt, sondern nur den „Boches“. Er lehnt die Dienstwohnungen ab und verlangt kurzerhand Bürgerquartiere. Er selbst verlangt binnen 6 Tage die Räume des Rektors Dr. Oppenheimer und bezieht die von diesem innegehabten Räume im Althaus. In gleicher und ähnlicher Weise sorgt er für seine Offiziere. Die ausgelebten oder eingepferchten „Boches“ mögen sehen, wo sie bleiben. In den neuerbauten Offizierswohnungen bringt er Feldweibellinien usw. unter.

Vom kleinasiatischen Kriegsschauplatz

11. Athen, 17. August. Nach dem amtlichen Bericht über die Lage an der kleinasiatischen Front vom 14. August haben die griechischen Truppen ihren Vormarsch wieder aufgenommen und zunächst den bedeutenden Widerstand der vorgehenden Posten des Feindes in einer Linie von ungefähr 70 Kilometern östlich von Saki Schehr gebrochen. Der Vormarsch wurde weiter fortgesetzt und Sivri-Hisar genommen.

Die Streikbewegung im Elsaß

11. Mülhausen i. G., 17. August. Während, wie gemeldet der ober-schlesische Textilarbeiterstreik nach achtwöchentlicher Dauer beendet worden ist, geht der Streik in der Mülhauser Materbranche nun schon in die zehnte Woche. Der Streik im graphischen Gewerbe, von dem die ober-schlesische Verlagsanstalt mit ihren Zeitungsbetrieben in Mülhausen, Elsass, Schweitzer und Colmar betroffen wird, geht schon in den dritten Monat. Das Tarifamt des graphischen Gewerbes hat sich auf die Seite des streikenden Personals gestellt und die Verlagsanstalt aufgefordert, die ihr zu Last gelegten Tarifverdrängungen zu befeitigen. Die Verlagsanstalt hat aber diesen Entschluß nicht angenommen.

Wie sieht es mit dem Umbau der Sozialversicherung

Von Eugen Kaiser (M. d. R.)

Im Dezemberheft des Reichsarbeitsblattes von 1920 hat das Reichsarbeitsministerium den Beginn des Gesamtumbaus der Sozialversicherung angekündigt. Das Reichsarbeitsministerium vertrat dort die Auffassung, daß vor allem der rasche Wandel der Volkswirtschaft und der sozialen Anschauung infolge des Krieges und der Staatsumwälzung zum Umbau der sozialen Versicherung nötige. Die Sozialversicherung sei mit der allgemeinen Wirtschaft und dem sozialen Gewissen auf das innigste verknüpft und müsse sich, wenn sie lebensfähig bleiben soll, diesen anpassen. Da aber die Sozialversicherung gegenwärtig gewirkt und ihre Grundlagen sich bewährt hätten, so dürfe die Aenderung nur nach reifer Prüfung vorgenommen werden. Bei dem Umbau werde man von der Aenderung, der Vereinheitlichung und der Vereinfachung des materiellen Rechts ausgehen müssen, um damit die Grundlage für einen organisatorischen Umbau zu gewinnen. Um die Aenderung des materiellen Rechts vorzubereiten, sei man im Reichsarbeitsministerium gewissermaßen als Auftakt zum Umbau überhaupt — bereits dazu übergegangen, zunächst die Grundzüge der deutschen Sozialversicherung herauszuschälen und demnächst in Druck erscheinen zu lassen. Diese Arbeit sollte lediglich die Arbeiten zu dem Umbau der Sozialversicherung erleichtern. Durch die Gegenüberstellung werde sie aber schon die Befestigung mancher Sondervorschriften nahelegen und durch ihren planmäßigen Aufbau auf manche Lücke unserer Gesetzgebung hinweisen.

Später hat dann der Reichsarbeitsminister das Erscheinen dieser Schrift bis zum April 1921 in Aussicht gestellt. Bei einer weiteren Gelegenheit an sein Versprechen erinnert, erklärte der Minister, die Schrift werde „demnächst“ erscheinen. Bis jetzt ist die Schrift nicht erschienen.

Ursprünglich war für den Gesamtumbau unserer Sozialversicherung eine Zeit von 2-3 Jahren in Aussicht genommen. In neuerer Zeit rechnet man schon damit, daß die Arbeit erst in 5, sogar erst in 10 Jahren erledigt sein werde. Die Unsicherheit unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ist allerdings wenig geeignet, im jetzigen Zeitpunkt unsere Sozialgesetzgebung von Grund aus umzubauen. Es dürfte zweckmäßig sein, damit so lange zu warten, bis sich die Verhältnisse einigermaßen geklärt haben und bis sich die künftige Entwicklung einigermaßen überschaubar läßt. Wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, dann werden wir die Schaffung eines großen einheitlichen Fürsorgegesetzes zu fordern und anzustreben haben. Wir können nicht verstehen, daß für die Sozialversicherung der Arbeiter drei verschiedene Gesetze da sein müssen, und daß daneben noch ein besonderes Versicherungsgesetz für Angestellte besteht. Die Zusammenfassung der drei Arbeiterversicherungsgesetze, Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, in einem Buch, so wie es die Reichsversicherungsordnung gebracht hat, bedeutet noch keineswegs eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Wir können nicht einsehen, daß ein Arbeiter im Krankheitsfall nach 26 Wochen nur noch etwa ein Sechstel bis ein Achtel des bisherigen Krankengeldes als Invalidenkrankrente bekommen soll. Wir können aber auch nicht einsehen, warum beispielsweise ein Arbeiter, der in der chemischen Industrie infolge Vergiftungen allmählich dem Siedtum verfallen ist, eine weit geringere Rente bekommen soll, als ein anderer, der durch äußere Gewaltwirkung (Betriebsunfall) seine Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat. Deshalb fordern wir grundsätzlich die Schaffung eines großen einheitlichen Fürsorgegesetzes, nach welchem der Arbeiter und Angestellte, wenn er krank, erwerbsbeschränkt oder erwerbsunfähig wird, Anspruch auf eine angemessene Rente, resp. Unterstützung hat. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Witwen, Waisen und sonstigen Personen, denen der Verstorbenen oder tödlich Verunglückten Unterhalt gewährt.

Einguschließen in ein einheitliches Fürsorgegesetz wäre natürlich auch die Fürsorge für Erwerbslose. Das Gleiche gilt für die Fürsorge für durch Geburt Erwerbsbeschränkte oder Erwerbsunfähige. Kurzum: dieses Fürsorgegesetz hätte die Verorgung aller Verorgungsberechtigten und die Aufbringung der Mittel zu regeln.

Bis zur Schaffung eines einheitlichen Fürsorgegesetzes oder wenn wir mit unserer Anschauung nicht durchbringen sollten, bis zum gründlichen Umbau unserer Sozialversicherung, ist ein Ausbau und tüchtigste Vereinheitlichung der bestehenden Sozialversicherungsgesetze anzustreben. Vor allem ist der beispiellosen Verminderung unseres Geldwertes Rechnung zu tragen. Es genügt nicht, daß wir im geschäftlichen Leben in der Papiermark die Grodenmark sehen. Wir müssen diesem Gedanken auch in der Sozialversicherung Geltung verschaffen, d. h. die Leistungen aus den einzelnen Sozialversicherungsgesetzen müssen, wenn sie auch nur wieder an das heranziehen jollen, was wir vor dem

Besprechungen in Berlin

Berlin, 17. August. (Privattelegramm) Die Besprechungen des Reichstags mit den Parteiführern werden, wie die Blätter melden, heute mittag fortgesetzt. Auch eine Kabinettsitzung wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Nachmittags stattfinden.

Oesterreich und Ungarn

11. Budapest, 17. Aug. Nach einer Meldung des ungarischen telegraphischen Korrespondenzbüros erklärte Ministerpräsident Graf Botkai in einer in Eisenburg gehaltenen Rede, Ungarn habe in der westungarischen Frage alles versucht, um mit Oesterreich ein friedliches Uebereinkommen zu treffen. Nun sei die ungarische Regierung an der äußersten Grenze der Nachgiebigkeit gelangt und wenn Oesterreich auch diesmal die angebotene Freundschaft zurückweise, werde Ungarn auch vor Retorsionen nicht zurückzusehen.

11. Budapest, 18. August. Die Erbitterung wegen der Uebergabe Westungarns an Oesterreich ist so groß, daß selbst gemäßigte Organe, wie der Budapestener Lloyd, starke Worte finden und zur Feindschaft gegen Oesterreich auffordern. Man hat der Regierung scharfe Repressalien wirtschaftlicher Natur gegen Oesterreich anzumenden.

Der internationale Gerichtshof gesichert

11. Genf, 17. Aug. Der ständige internationale Gerichtshof ist nunmehr gesichert. Spanien und Dänemark haben die bevorstehende Ratifikation des Protokolls telegraphisch angekündigt. Damit ist die notwendige Zahl von 24 Staaten erreicht.

Widerstand gegen Herabsetzung der Löhne in Frankreich

11. Paris, 17. Aug. Wie die Blätter melden, ist der Verwaltungsausschuß des allgemeinen Arbeiterverbandes zu einer Beratung zusammengetreten über die Maßnahmen, welche gegen die Herabsetzung der Löhne ergreifen werden sollen. Es ist eine Erklärung angenommen worden, in der gesagt wird,

Angen Sie berall
EMPP
geröst.
Kaffe
Prelagen abgepackt
chung
25-50%
Kaffee
satz
Rohstoffe
Pakete.
AN RIEMPP
L. SRUHE
OH-GROSSHANDLUNG
SENFFABRIK
ZEMMÜHLEN
Kaffee
auf von
Möbel
Rauch,
Dr. Hecher
igen.
sches betr.
7. April 1906
darauf auf-
Rost oder
in den Stän-
zu 3 1/2 M.
Scheinung
Befehles ange-
Schriftlich
1895
n.
offensiv
in den ehe-
Sofenstr. 1.
1894
igen.
eise.
s an werden
des Reichs-
Rehl folgende
5.40 M.
2.70
hiermit Best
Fig. für ein
Düte 2.-M.
2.20
2.20
2.50
2.10
1896
Stadt
2.
hend aufge-
onatsmarken
und Zimmer-
200 je zwei
Dr. 545 und
Anthr.-Auf-
it.
r. 650 je ein
braunflügel-

Kriege hatten, um ein mehrfaches gesteigert werden. Darüber hinaus ist eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf jene Kreise anzustreben, die infolge der Geldentwertung aus der Versicherung herausgedrängt wurden. Auch einzelne Berufsgruppen, die unverständlicherweise früher nicht versichert waren, müssen der Versicherungspflicht unterstellt werden.

Der 6. Ausschuss (Ausschuss für Sozialpolitik) des Reichstags hat sich im Herbst mit einer größeren Novelle zur Reichsversicherungsordnung und mit einer Novelle zur Angestelltenversicherung zu beschäftigen. Die Regierung hat es bei Ausarbeitung der beiden Gesetzesentwürfe ängstlich vermieden, zur Frage einer Vereinheitlichung der Sozialversicherungsgesetze Stellung zu nehmen.

Die Sozialdemokratie hat schon immer die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung gefordert. Sie trat insbesondere für einen Ausbau der Invalidenversicherung und für die Einbeziehung der Angestellten in diese ein. In sind auch heute noch der Meinung, daß es ein Fehler war, für die Angestellten ein besonderes Versicherungsgeheimnis zu schaffen. Von dieser Auffassung abzugehen, haben wir keine Veranlassung. Wir werden daher auch bei den bevorstehenden Beratungen die Frage der Zusammenlegung der Invaliden- und der Angestelltenversicherung erneut aufzuwerfen haben.

Für unsere Auffassung sprechen eine Reihe gewichtiger Gründe. Da ist als erster die Höhe der Verwaltungs-Lasten. Je zerstückelter unsere Versicherungsgebung ist, desto höher sind die Aufwendungen für Verwaltung. In zweiter Linie wird unsere Auffassung bestärkt durch die Tatsache, daß das Reich zu jeder Menge aus der Invalidenversicherung einen Zuschuß zahlt. Die Angestelltenversicherung kennt dagegen einen Reichszuschuß nicht. Dann aber weist das Angestelltenversicherungsgesetz auch einige Fortschritte auf, die wir in der Invalidenversicherung vergeblich suchen. Der invalide Arbeiter erhält nur dann Zinvalidentrente, wenn er nicht mehr imstande ist, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Dagegen bekommt der Angestellte Ruhegeld, wenn er durch körperliche Gebrechen oder Schwächung seiner körperlichen und geistigen Kräfte zur Ausübung seines Berufes dauernd unfähig ist. Berufsunfähigkeit ist anzunehmen, wenn seine Arbeitsfähigkeit auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Die Witwe eines Arbeiters erhält nur dann Witwenrente, wenn sie nachweisbar selbst invalide, während der Witwe des Angestellten auch dann die Rente zusteht, wenn sie vollkommen gesund und arbeitsfähig ist. Witwenrente wird aus der Invalidenversicherung nur bis zu 15 Jahren gezahlt, während die Altersgrenze in der Angestelltenversicherung 18 Jahre beträgt. Bei einer Verschmelzung beider Versicherungsgesetze müßte selbstverständlich versucht werden, daß die günstigeren Bestimmungen aus der Angestelltenversicherung für alle Versicherten Anwendung finden. Das ließe praktisch auch auf eine wesentliche Verbesserung der Invalidenversicherung hinaus.

Eine Verschmelzung beider Gesetze bedingte naturgemäß die Einführung höherer Beitragsklassen. Je höher die Beiträge, desto höher können die Leistungen bemessen werden. Nach der Regierungsvorlage sollen die Beiträge zur Angestelltenversicherung in der höchsten Beitragsklasse auf 98,40 M den Monat erhöht werden. Würde man ähnliche Beitragsleistungen für die Angehörigen der Invalidenversicherung einführen, dann könnten Renten gezahlt werden, die denen aus dem Angestelltenversicherungsgesetz nicht nachstehen, sie vielmehr wesentlich übersteigen.

Dem Verschmelzungsplan widersteht sich heute noch ein großer Teil der organisierten Angestelltenchaft. Aber die größte Organisation, der Zentralverband der Angestellten, und neben ihm auch noch andere Gruppen, reden einer Verschmelzung, mit der natürlich Hand in Hand eine Ausgestaltung zu gehen hätte, das Wort.

Die Stellung der politischen Parteien ist sehr verschieden. Die nationale und Deutsche Volkspartei vertreten entschieden den Standpunkt der Sonderversicherung, während die sozialdemokratischen Parteien die Vereinigung fordern. Die Entscheidung im Parlament liegt daher bei dem Zentrum und den Demokraten. In diesen Parteien sind die Meinungen geteilt, und es ist nicht möglich, jetzt schon zu sagen, welche Richtung die Oberhand gewinnen wird.

Die Versicherten haben das größte Interesse daran, daß die Sozialversicherung ausgebaut, daß deren Leistungen erhöht und vor allem den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Je größer die Zahl der versicherten Personen ist, je einheitlicher die Versicherungsgehalte gestaltet sind, desto geringer werden die Verwaltungs-kosten sein. Wir können uns jetzt und auch in Zukunft den Luxus einer Zersplitterung des Arbeiter- und Angestelltenversicherungsgesetzes nicht mehr gestatten. Deshalb fordern wir Sozialdemokraten die Zusammenfassung.

Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika

Ein Vertreter der Telegraphen-Union hatte eine Unterredung mit Professor Coar aus New York, der vor Amerikas Eintritt in den Krieg und in den darauffolgenden Kriegsjahren gegen Deutschland Stellung nahm und nun eine Informationsreise nach Deutschland unternommen hat, um sich über deutsche politische und wirtschaftliche Zustände und besonders die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf diese Zustände zu orientieren. Auf die von dem Vertreter der Tel.-Union gestellten Fragen, antwortete Professor Coar folgendes:

Die Wirkung des Friedensvertrages auf Deutschland beurteile ich als höchst schädlich und mit Beziehung auf die ganze künftige Weltlage äußerst bedenklich. Ich mache durchaus kein Behauptung, daß die gegenwärtigen, sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Zustände in mindestens vier Hauptpunkten abgeändert werden müssen, ehe überhaupt an eine Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts bei den führenden Völkern der Welt gedacht werden kann. Die vier Punkte, die sich einem jeden vorurteilslosen Beobachter je länger, je mehr aufdrängen müssen und die sich auch mir aufgedrängt haben, trotz der Stellung, die ich vor dem Kriege, während des Krieges und auch beim Friedensschluß eingenommen habe, sind die folgenden: 1. Abschaffung der Sanktionen, 2. die Abschaffung des Ausfuhrzolls, 3. höchstmögliche Freigabe der besetzten Gebiete, 4. schnelle Regelung der oberhalbstehenden Frage und zwar so, daß mindestens das industrielle Gebiet dem Deutschen Reich zugewiesen wird.

Die öffentliche Meinung der Welt ist für Deutschland nicht günstig. In Amerika herrscht die Auffassung, als ob Deutschland, statt den Friedensvertrag zu erfüllen, ihn auf jegliche Weise zu umgehen bestrebt gewesen wäre. Man hat sich gar keinen Begriff von den Schwierigkeiten gemacht, mit denen die Reichsregierung sich abfinden hatte, besonders nicht von der völligen Umwertung aller früheren wirtschaftlichen Zustände. Mit bedingungsloser Bestimmtheit darf ich hoffen, daß nun die jetzige Stellungnahme Deutschlands in Bezug auf die Erfüllung des Ultimatum einen sehr günstigen Eindruck in Amerika gemacht hat.

Das in Deutschland herrschende Gefühl in Bezug auf die Wilsonsche Politik der 14 Punkte hat durchaus keine Berechtigung. Wilson meinte es ernst mit seinen 14 Punkten, da er aber in der Veröffentlichung dieser Punkte weder das amerikanische Volk, noch die Regierung als Ganzes vertrat, und auch nicht vertreten konnte — wie man in Deutschland angenommen hat —, so war diese Politik eben nur eine Politik, die einzig und allein durch die Macht seiner Persönlichkeit hätte durchgeführt werden können. In Amerika scheint die Ansicht mehr an Boden zu gewinnen, daß ohne eine wirtschaftliche Wiederherstellung der europäischen Länder Amerika selbst kaum auf bessere Zeiten für sich hoffen darf.

In den Vereinigten Staaten liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse schlecht. Die Industrie liegt bei uns fast brach, die Zahl der Arbeitslosen steigt auf eine unerhörte Höhe und wenn nicht bald eine Besserung in den ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen eintritt, so wird das amerikanische Volk im Laufe

dieses und des kommenden Jahres Verluste zu ertragen haben, denen gegenüber seine eigenen Kriegsschulden nur eine Kleinigkeit bedeuten. In Amerika fürchtet man die auf Grund des deutschen Erfüllungsprogramms eintreffende Konkurrenz Deutschlands und aus dieser Furcht ergibt sich die neue Tarifpolitik, bei der man deshalb so lange verharren wird, als diese Furcht von gewissen Interessenten noch gehalten werden kann. Deutschland hat in Amerika kaum, wohl aber eine gewisse Abneigung. Für das, was man vor dem Kriege als Deutschland erkannte, ist noch immer eine echte Bewunderung vorhanden. Ebenso für deutsche Energie im wirtschaftlichen wie im geistigen Leben, doch muß man noch immer zugeben, daß der Durchschnittsamerikaner sich über das ethische Bewußtsein des heutigen deutschen Volkes noch nicht klar geworden ist. Die Sympathie für Frankreich und Polen ist stark in der Abnahme begriffen. Französischer Militarismus und Chauvinismus scheinen uns ein bedrohliches Zeichen zu sein, und so glaube ich, daß gerade in Bezug auf die oberhalbstehende Frage die allgemeine Meinung in Amerika sich immer mehr zu Deutschlands Gunsten gestaltet hat.

Ueber das geistige Leben des heutigen Deutschland möchte ich mir kein abschließendes Urteil an. Nur dies möchte ich sagen, daß sich in den deutschen Landen ein wirklich neues geistiges Leben zu regen scheint, daß dieses, falls es nicht durch die gegenwärtige trübe Lage in falsche Bahnen gelenkt wird, nur Schönes und Gutes für Deutschland und für die Welt bedeuten kann. Wie sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern in Zukunft gestalten wird? Diese Frage vermag nur ein Prophet zu beantworten. Aber hoffen darf auch ich auf die Ausgestaltung eines besseren und innigeren Anschlusses der beiden Völker.

Ein privates Getreidemonopol in Sicht!

Minister Dornbusch plant die Freigabe der Einfuhr ausländischen Getreides. Das sieht ganz vernünftig aus, denn man glaubt, daß bei freier Einfuhr das Getreide billiger werden müsse.

Das ist aber nicht der Fall. Es ist nämlich die Gründung eines Konzerns in Sicht, der den ganzen Getreidehandel monopolisieren soll. Die Berliner Großhändler behandeln mit den Großmüllern, um diesen den erforderlichen Bankkredit zu geben. Nun ist die Getreideeinfuhr mit einem großen Risiko wegen des Schwankens unserer Wäskala verbunden. Wenn unsere Wäskala weiter sinkt, muß man für das ausländische Getreide mehr deutsche Mark zahlen, als man beim Abschluß des Geschäftes ahnte.

Daß man aber von vornherein in deutscher Mark abgeschlossen, so verliert man, falls die deutsche Mark steigt. Die Banken wollen nun den Müllern Kredit zum Ankauf ausländischen Getreides nur geben, wenn sie sich auf einen Konzern einlassen, der jede Konkurrenz zwischen deutschen Firmen ausschließt und dahin führen würde, daß in Deutschland das Auslandgetreide auch über dem Weltmarktpreis stehen würde. Einige kapitalkräftige Großmüllern streben sich gegen diese Regelung, aber das wird sicher vergeblich sein. Helfen kann nur ein Getreidemonopol, welches den Getreidehandel sozialisiert und dem Brotwinner durch den Einfluß des Reichstages und Volkes auf die Verwaltung mildert.

Sozialismus und christlicher Solidarismus

Der einzige Zeit hat Erzberger in einer Reihe von großen Arbeiterveranstaltungen sein Weltprinzip: „Christlicher Solidarismus“ vorgetragen, gegen das auch der rechte Flügel des Zentrums Sturm gelaufen ist. Der Vortrag ist als Broschüre erschienen. Genosse Rudolf Wisell untersucht in einem außerordentlich lesenswerten Aufsatz der Nr. 15 der „Glocke“ die Erzberger'schen Theorien. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Erzberger „tiefer in die deutsche Wirtschaft geblickt hat als mancher andere, der in der Wirtschaft steht, aber nicht über den Horizont seines beschränkten Wirkungskreises hinaussehen kann.“ Wisell sagt dann, daß manches in der Anschauung Erzbergers schief und einseitig sei, das letzte Endes zum Sozialismus führe. Der Kern des „christlichen Solidarismus“ laufe jedoch auf die Gemeinwirtschaft hinaus, die von Wisell und anderen seit Jahren vertreten wird. Vieles, was der frühere Reichsfinanzminister wollte, bedeute sich mit dem von der Sozialdemokratie Entworfenen. Welchen Namen man dem Rind gebe, tue nichts zur Sache. Wenn Erzberger den Grundgedanken prägen: „Der Mensch ist der Herr der Welt und zwar der arbeitende Mensch, inmitten

Manon Lescaut

Roman von A. F. Prévost

(Fortsetzung.)

Aber handelt es sich hier um mein Leben? Es handelt sich um Manons Leben, um ihre Bedürfnisse, es handelt sich um meine Liebe und ihre Treue. Was könnte ich gegen sie in der Wagschale werfen? Nichts, nichts — sie erweist mir Ruhm, Glück und Reichtum. Es gibt gewiß viele Dinge, für die ich mein Leben opfern möchte, aber ein Ding höher schätzen als mein Leben, ist keine Ursache, es ebenso hoch zu schätzen als Manon. Kaum fuhr mir dieser Gedanke durch den Kopf, als ich mich schon entschieden hatte. Ich sehe meinen Weg nach Paris fort, fest entschlossen, mich erst an L'Ébène und dann an Herrn v. Z. zu wenden.

In Paris angelangt, nahm ich einen Flaker, obwohl ich ihn nicht bezahlen konnte, denn ich rechnete fest auf die Hilfe die ich ansprechen wollte. Ich fuhr nach Luxemburg, und von da aus ließ ich L'Ébène holen. Er befürchtete meine Ungeduld durch sein baldiges Herbeikommen. Nun offenbarte ich ihm die Dringlichkeit meiner Notlage ohne alle Umschweife. Er sagte, ob die hundert Pistolen, die ich ihm damals zurückgab, genügen, und ging ohne ein Wort der Einwendung, um sie zu holen. Dabei zeigte seine Miene jene Freimütigkeit, jene Freude am Leben, die nur der Liebe und der wahren Freundschaft eigen sind.

Obwohl ich keineswegs an dem Erfolge meiner Bitte gezweifelt hatte, wunderte es mich doch, ohne Vorwürfe und Predigten durchgekommen zu sein. Gläubte ich seinen Ermahnungen aber gänzlich entgangen zu sein, so täuschte ich mich, denn sobald er mir das Geld eingehändigt hatte, da er mich einen Gang durch den Garten mit ihm zu machen. Von Manon hatte ich nichts erwähnt, ihm nicht gesagt, daß sie in Freiheit war; daher drehte sich seine Predigt bloß um meine tollkühne Flucht aus Saint-Lazare, und um die Sorge, ich würde alle guten Lehren, die ich dort empfangen, in die Luft schlagen und in meinen irdischen Lebenswandel zurückfallen.

Ich erfuhr jetzt von ihm, daß er am Morgen nach meiner Entweichung aus Saint-Lazare gekommen war, um mich zu besuchen, und sich über alle Beschreibungen über die Art meiner Flucht entsetzte. Daraus hatte er eine Unterredung mit dem Superior, der sich zwar von seinem Schreden noch nicht erholt hatte, aber doch so gütig war, dem Polizeipräsidenten die nähe-

ren Umstände meiner Flucht und Tod des Dieners geheimzuhalten. Von dieser Seite hätte ich also nichts zu befürchten, lebe aber noch ein Funke von Vernunft in mir so würde ich diese glückliche Wendung zu meiner Besserung ausnützen. Ich soll damit beginnen, meinem Vater zu schreiben, um mich mit ihm auszuföhnen, und wollte ich seinem Rate folgen, so hielte er es für das Beste, wenn ich mich sofort von Paris entfernte, um in den Schoß meiner Familie zurückzukehren.

Nachdem ich bis zum Ende an, und erfuhr manches, was mich erregte, Ertränkte, daß von Saint-Lazare aus nichts zu befürchten hand, die Straßen von Paris sich sicherer Boden für mich waren; zweitens beklagte es mich, daß L'Ébène keine Ahnung von Manons Flucht und Rückkehr zu mir hatte; ich bemerkte sogar, daß er es offensichtlich vermeidet, über zu erwähnen — wahrscheinlich in der Meinung, sie sei meinem Herzen gleichgültiger geworden, da ich über diesen Punkt so ruhig war. Ich beschloß, wenn auch nicht zu meiner Familie zurückzukehren, so doch an meinen Vater zu schreiben, wie L'Ébène mir riet, um ihm zu erklären, ich sei geneigt, mich meinen Pflichten und seinen Wünschen zu fügen. Meine Hoffnung ging dahin, ich würde ihm, durch den Vorwand, meine Studien in der Akademie zu vollenden, dazu bewegen, mir Geld zu schicken; denn es wäre mir wohl nicht gelungen, ihm einzureden, ich wolle in den geistlichen Stand zurücktreten. Was ich meinem Vater versprochen, dachte ich auch zu halten; denn es behagte mir ganz gut, einen reaktionären Beruf zu ergreifen, solange dieser Plan sich mit meiner Liebe vertrat. Ich dachte mit meiner Geliebten zu leben und gleichzeitig Studien zu vollenden.

Obwohl ich jetzt in der Lage war, einen Wagen nehmen und bezahlen zu können, so machte es mir Vergnügen, mich lässig zu Fuß zu Herrn v. Z. zu begeben. Diese Ausübung meiner Freiheit, für die ich den Worten meines Freundes noch, nichts zu fürchten hatte, gewährte mir großes Ergnügen. Da entfiel mir plötzlich, daß diese Versicherungen nur auf Saint-Lazare Bezug hatten, und ich noch das Abenteuer vom Spital aus dem Halse hatte, abgesehen von Lesscauts Ermordung, in die ich wenigstens als Zeuge verwickelt war. Diese Erinnerung erschreckte mich so heftig, daß ich schnell in einen Flaker stieg und mich zu Herrn v. Z. begab, der über meine Angst lachte. Sie schien mir selbst lächerlich, nachdem ich von ihm erfuhr, daß er sich in der Besorgung, betreffs Manons Flucht der Teilnahme bedächtigt zu werden, am Morgen nach der Anstalt begeben und sie zu sprechen begehrt hatte; man wäre dort so fern davon, ihn oder mich zu beschuldigen; daß man ihm diese Neugier mit großem Eifer erzählte und die Erwunderung ausdrückte,

daß ein so schönes Mädchen wie Manon mit einem geringen Diener entpflungen sei. Er hatte hierauf erwidert, er sei keineswegs wundere sich darüber, da man der Freiheit zuliebe gern ein Opfer brächte.

Von dort war er zu Lesscaut gegangen, in der Erwartung, mich und meine reizende Geliebte da zu treffen; der Hauswirth aber, ein Wagenbauer, beteuerte ihm, niemand von uns gesehen zu haben, auch erzählte er Herrn v. Z. nicht nur von der Ermordung Lesscauts, sondern konnte ihm Näheres über die dunkle Tat mitteilen. Zwei Stunden zuvor war einer von Lesscauts Kameraden, ein Leibgarde, zu ihm gekommen und hatte ihm ein Spiel vorgeführt. Das Glück begünstigte Lesscaut so auffallend, daß der Garbist sich in kaum einer Stunde um hundert Taler — das heißt um all sein Geld — leichter sah. Der Unglückliche, der seinen Sou mehr beschaffte, sah Lesscaut, ihm die Hälfte der Summe, die er ihm abgemauert hatte, zu sehen, worüber sie in heftigen Wortwechsel gerieten. Lesscaut weigerte sich, ihm mit dem Degen zu folgen, worauf der andere, als er sich entfernte, schwur, ihm eine Krüge durch den Leib zu jagen — ein Schwur, den er noch am selben Abend erfüllte. Herr v. Z. fügte noch sehr liebenswürdig hinzu, er sei sehr besorgt um uns gemessen, und hat sich allerdings zu jedem Dienst an, den er uns erweisen konnte. Ich adgerte keinen Augenblick, ihn mit unserem Aufschrei bekannt zu machen. Er bat mich, an diesem Abend an unserem Souper teilnehmen zu dürfen.

Da ich nichts mehr zu tun hatte, als Räsche und Kleider für mich und Manon zu kaufen, forderte ich ihn auf, mich gleich zu begleiten, wenn er mir gestatten wollte, einige Einkäufe zu machen. Dachte er nun, ich stelle diesen Vorschlag, um seine Freigebigkeit anzupredigen, oder gebachte er bloß der Eingebung einer edlen Seele, genug, er führte mich zur Wahl mehrerer kostbarer Stoffe, und als ich mich zu bezahlen anschickte, verbot er dem Kaufmann, einen Sou von mir anzunehmen. Diese Aufmerksamkeiten wurde mit solcher Zurückhaltung erwiesen, daß ich meinte sie annehmen zu dürfen. Wir machten uns mit dem Souper auf den Weg nach Chailot, wohin ich mit leichtem Herzen zurückkehrte, als ich es verlassen hatte.

Meine Gegenwart und Herrn v. Z. Artigkeiten gereizten Manons Trübniß bößig. Wir wollten vergangene Schreden vergessen, tetres Herz, sagte ich zu ihr, und eine glücklicheres Leben beginnen als je. Die Liebe ist und bleibt doch eine göttliche Gottheit — die Glückseligkeit kann uns nicht so viele Leiden schenken, als sie uns Freuden gibt. Anfer Souper war eine wahre Freundschaft.

(Fortsetzung folgt.)

gen haben, eine kleine Konkurrenz neue Tarif, als diese werden kann, eine gewisse als Deutscher vorläufigen wie ausgehen, daß Bewußtsein den ist. Die der Abnahme schreibe ich, daß allgemeine Staats-Gun-

der Gesellschaft", so könne dies von einem Sozialisten glatt unterschrieben werden, und wenn der christliche Solidarisismus die menschliche Arbeitskraft höher stelle als das Kapital, wenn er den Gemeinschaftsgedanken in den Vordergrund rücke, so könne dem kein Sozialist widersprechen. Wenn ein Führer sein Ziel, das bei weitem nicht so fern wie das unsere liegt, erreicht habe, müßten wir versuchen, allein weiterzukommen. Aber bis dahin können wir mit ihm reisen.

Nachdem Bisfell die Theorie Erzbergers gründlich untersucht hat, kommt unser Genosse zu folgendem Schluß: „Soweit Erzberger den horizontalen Zusammenschluß der Wirtschaft in Selbstverwaltungsformen mit gleichberechtigter Anteilnahme der Arbeitnehmer will, also das, was man vor zwei Jahren als völliger Verkennung unserer Lage und ihrer Bedürfnisse abschaute, müssen wir Sozialisten ihm die Hand bieten. Wir müssen es, weil wir hoffen können, wieder vorwärts zu kommen. Mag man es Solidarisismus an Stelle des verpönten Wortes Plantwirtschaft heißen, — es ist nur eine andere Volabel für das Wort „Gemeinwirtschaft“.

Genossenschaftsbewegung

Internationaler Genossenschaftskongreß in Basel

Nach achtjähriger Pause tritt am 22. August das Parlament der Internat. Genossenschaftsbewegung zu mehrtägigen Verhandlungen in Basel zusammen. Fünf Jahre später, als auf dem 9. dem letzten Internationalen Genossenschaftskongreß, welcher im August 1913 in Glasgow (Schottland) stattfand, beschlossene wurde. Die Genossenschaftsvereine des gauländischen Schweizertandes hatten dazwischen den planmäßigen 10. Internationalen Genossenschaftskongreß für das Jahr 1916 nach Basel eingeladen, gleichzeitig Gelegenheit gebend, teilzunehmen an der Jubiläumfeier des „Baseler Konjunkturvereins“, der auf eine 50jährige, und des „Verbandes schweizerischer Konjunkturvereine“, welcher auf eine 25jährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken konnte.

Der Ausbruch des Weltkriegejahres 1914 und seine Nachwirkungen verhinderten bis auf die Gegenwart die internationalen genossenschaftlichen Tagungen, wenn auch erfreulicherweise während der langen Dauer der Kriegsverhältnisse die internationalen Beziehungen der dem Genossenschaftsbunde angeschlossenen Genossenschaftsverbände nicht zerfallen sind. Selbst in schwerster Kriegszeit ist die Entwicklung der internationalen Genossenschaftsbewegung im allgemeinen nicht zum Stillstand gekommen, abgesehen von den unmittelbaren von der Kriegsfurie in Mitleidenschaft gezogenen Ländern und den deutschen Konjunkturgenossenschaften, die unter der Bevormundung einer verpönten Bürokratie sehr zu leiden hatten. Nach Kriegsende hat der Genossenschaftsverband erneut seinen Siegeslauf begonnen und umspannt heute den ganzen Erdball. Der erste Internationale Genossenschaftskongreß nach Beendigung des Weltkrieges wird Kenntnis erhalten von den Opfern, welche die Bewegung hat bringen müssen, andererseits aber auch von neuen Erfolgen.

Als Produkt dieser Vorarbeiten liegt dem 10. Internationalen Genossenschaftskongreß in Basel ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor. Des Wichtigsten sei hier Erwähnung getan: 1. Bericht über die Tätigkeit des I.G.B. seit dem Glasgow-Kongreß (1913-1921); 2. Revision der Statuten des I.G.B.; 3. Die Revision der Glasgower Friedensresolution und die Prinzipien internationalen Rechts im Sinne des Genossenschaftswesens; 4. Die internationale Genossenschaftspolitik, wie von interalliierten und neutralen Konferenzen in Paris erörtert; 5. Die zwischen dem I.G.B. und einer internationalen Großhandelsgenossenschaft herzustellenden Beziehungen (Referent Dr. Kaufmann-Hamburg); 6. Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften. Des weiteren erfolgt Stellungnahme zum „Internationalen Arbeitsamt“ und dem „Völkerbund“.

Wir werden über die Verhandlungen dieser Tagung nach deren Schluß zusammenfassend berichten.

Soziale Rundschau

Der diesjährige Ostkrankenanstaltstag

Der diesjährige Ostkrankenanstaltstag findet vom 21. bis 23. August in Hannover statt. Es ist die 25. also eine Jubiläumstagung des Verbandes. Dementsprechend sind auch alle Veranstaltungen ausgestaltet. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige. Der bereits erschienene Geschäftsbericht des Verbandes ergibt, daß dieser 20 einzelne Unterverbände, mit annähernd 1400 Kassen umfaßt, die rund 6 1/2 Millionen Mitglieder zählen. Es ist dies

fast die Hälfte aller gegen Krankheit versicherten Personen. Über die Ausgestaltung der Kassenleistungen spricht der Verbandsvorstand Herr Dr. Dresden und Direktor Albert Kohn-Berlin. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Einführung der Familienherabsetzung, die zwar bei vielen Kassen schon in der Form der freiwilligen Nebenleistungen besteht, die aber nach den Forderungen des Verbandes zur allgemeinen gleichlichen Pflichtleistung der Krankenversicherung erhoben werden soll. Auch sonst wird es notwendig sein, in die zugeht recht vielfältigen Leistungen der Kassen eine größere Einheitlichkeit zu bringen.

Wesentliche Fortschritte in der Verbesserung der Krankenversicherung werden erst möglich sein, wenn endlich einmal eine gesetzliche Regelung der Arztfrage vorgenommen wird, die auch die Krankenassenverwaltungen befriedigt. Deshalb bildet der dritte Punkt der Tagesordnung, die Arztfrage, den dritten Punkt der Tagesordnung. Es folgen dann Verhandlungen über das Reichsversicherungsamt, weil die Krankenassen insofern zu seiner Durchführung herangezogen werden sind, indem sie sämtlichen Kriegsbeschädigten die Heilfürsorge zu leisten haben. Die Neuordnung des Hebammenwesens, an der im Hinblick auf die Wochenhilfe und Wochenfürsorge die Krankenassen ebenfalls ein starkes Interesse haben, bespricht Landtagsabgeordneter Meyer. Der Rest der Verhandlungen bilden Angelegenheiten des inneren Geschäftsbetriebes der Kassen, wie Regelung der Anstellungsbedingungen der Kassenangestellten, die Arznei- und Heilmittelversorgung usw. Wir werden über die Tagung am Schluß zusammenfassend berichten.

Wo gehen wir am Sonntag hin? nach Moo-bronn zur Hausweih der Naturfreunde!

Aus der Partei

Augs. 17. August. Mitgliederversammlung. Auf die am Samstag, 20. August, abends 8 1/2 Uhr im „Schwanen“ stattfindende Parteiverammlung, wobei Genosse Kohn-Berlin einen Vortrag über „Die politische Lage“ halten wird, sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

Wolfsartweier, 17. August. Parteiverammlung. Samstag, 20. August findet abends 8 1/2 Uhr im Gasthaus „Zur Linde“ eine Parteiverammlung statt, wobei Genosse Trinius einen Vortrag über die „Politische Lage“ halten wird. Wir hoffen auf das Erscheinen aller Mitglieder.

Wiesbaden, 17. August. Sozialdem. Verein. Die Parteiverammlung findet nicht am Freitag, wie irrtümlich gemeldet, sondern heute Donnerstag abends 8 Uhr im „Höfle“ statt. Gen. Schöpplin spricht über „Die wirtschaftliche und politische Lage“.

r. Saanenberstein, 17. August. Kommenden Samstag, 20. August. findet im Parteilokal „Zum Adler“ eine Mitgliederversammlung statt. Es wird an das Friseurgeschäft der Genossen appelliert und vollständiges Erscheinen erwartet.

Oberhausen, 17. August. Sonntag, 21. August, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zum „Adler“ in Oberhausen eine wichtige Versammlung der Parteimitglieder statt, wozu auch die Genossen von Philippsburg und Rheinböhlen eingeladen sind. Parteifreier Gen. Trinius aus Karlsruhe wird dabei einen Vortrag halten.

Jugend und Sport

Spielleiterkonferenz. Sonntag, 21. August, morgens 10 Uhr, findet im „Lamm“ in Durlach eine Spielleiterkonferenz statt. Die Kasse wird mitzubringen.

Gemeindepolitik

Mörsch, 15. August. Die Sportplatzfrage wird am Sonntag, 15. August, in jeder Bürgerausschussung über die Sportplatzfrage verhandelt. So auch wieder in der letzten Sitzung, in der diese Frage auf Veranlassung des Zentrums die Tagesordnung im ersten Punkte schmückte. Und zwar sollten dieses Mal sämtliche Beschlüsse und Protokolle, die der Gemeinderat in dieser Frage gefaßt hat, vorgelesen werden. Als Grund zu diesem Verlangen wurde ein Artikel im Volksfreund Nr. 155 vom 6. Juli, und desgleichen im „Bad. Beobachter“ Nr. 165 vom 16. Juli angegeben. Der richtige Grund werden aber wohl die Feststellungen unseres Genossen Gerstner in der vorletzten Bürgerausschussung in Bezug auf die Ver-

teilung der Sportplätze gewesen sein. In der nunmehrigen Sitzung des B.-A. wurden die Protokolle vorgelesen, — aber diese Vorlesung änderte an der von Gen. Gerstner festgestellten Tatsache nichts. Der Nachweis, daß die Zuweisung des fraglichen Sportplatzes, den die Schützenabteilung als den ihrigen bezeichnet war der Zuweisung des Sportplatzes für die Freie Turnerschaft durch den Gemeinderat erfolgt sei, ist aus den sieben Protokollen, die der Gemeinderat schon in dieser Angelegenheit gefaßt hat, nicht ersichtlich. Aus diesen Protokollen geht zweifellos klar hervor, daß der Schützenabteilung dieser Platz überhaupt noch nicht zugewiesen ist. — In der anschließenden Debatte wurde von zwei Zentrumsvertretern trotzdem wieder diese Behauptung aufgestellt. Es sei auch bei der Antragstellung um Zuweisung eines Sportplatzes eine Zeichnung vorgelegt worden, die bei den Akten im Bezirksamt angehängt ist. — Wir möchten diesen Herren raten, ihr Gedächtnis nochmals in Bewegung zu setzen, sie werden finden, daß diese Zeichnung erst zu den Akten kam, nachdem der Sportplatz der Schützenabteilung und der Freien Turnerschaft auf die Dauer von 4 Jahren zum Spielen gemeinsam in Spielstätte eingeteilt vom Gemeinderat beschlossen war. Gerade dieser Beschluß hat dem Herr den Boden ausgeschlagen. Es wurde hierauf, großer Marm geschlagen: das Bad. Bezirksamt Ettlingen, das Ministerium, der Landesauschuss für Jugendkraft wurden angerufen und sogar ein gerichtliches Verfahren angedroht. Der Landesauschuss für Jugendkraft unter dem Protektorat von Harrer nach dem er hat dann die genannte Zeichnung ersuchen lassen. — Weiter wurde von einem Zentrumsvertreter hervorgehoben, daß von Gemeinderat Gerstner in der vorletzten Bürgerausschussung behauptet worden sei, daß der Schützenabteilung überhaupt noch kein bestimmter Platz zugewiesen wurde. Diese Behauptung ist eine glatte Unterziehung. Wenn aber dem so wäre, dann müßten wir doch die Bitte an den Zentrumsmann richten, uns den Beweis zu erbringen, aus welchen Aktenprotokollen hervorgeht, daß der Schützenabteilung dieser Sportplatz in einer näheren Zeichnung vom Gemeinderat zugewiesen ist. — In der Hoffnung, daß diese Beilen ihren Zweck erfüllen werden, wollen wir das weitere, das noch zu sagen wäre uns auf das nächste Mal vorbehalten. — Nur noch eine Schlussfrage, die allerdings eine andere Angelegenheit betrifft, aber in der Gemeinde auch viel besprochen wird: Wie steht denn die Sache mit der Gehaltsaufstellung der Schullehrerinnen? Diese Sache bedarf einer unbedingten Klärung, damit die Gemeinde vor Schaden bewahrt bleibt.

Kleine Nachrichten

Rohlsch. Der „Rheinischen Partei“ zufolge ist das Bedrückende in letzter Zeit mit sozial Befassungstruppen, insbesondere aber auch mit einer größeren Anzahl auswärtiger besetzter Offiziere belegt worden, daß dort eine große Wohnungsnot das Handwerk, auf welches die Stadt angewiesen ist, vollständig lahmgelegt hat. Durch Beschlagnahme der größten Hotels sind Hunderte von Hotelangestellten brotlos geworden. Die Stadt könne sich nur durch Wohnungsbau helfen, was aber ohne besondere Zuschüsse des Reichs unmöglich sei.

Berlin. Der Magistrat Berlin hat einstimmig beschlossen für die Kollektenden in Sowjetrußland 100.000 M zu bewilligen, vorbehaltlich der Zustimmung der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Aus Lüneburg wird berichtet, daß der bekannte Wundarzt Schäfer im Alter von 78 Jahren gestorben ist. Der Verstorbenen hat in früheren Jahren viel von sich reden gemacht, durch seine vielfachen Heilungen, die er mit den einfachsten Mitteln erreichte. Häufig wurde er als Kurpfuscher angeklagt, hat sich aber trotz dieser Angriffe, namentlich in Norddeutschland, einen Namen machen können. Auch in Süddeutschland dürfte dieser Naturarzt vielfach bekannt sein.

Wemel. Die Segelregatta des Lüssener Yachtclubs nahm einen schlechten Ausgang. Die Yachten wurden von einem schweren Sturm überfallen, so daß alle Boote Havarie erlitten. Eine Yacht kam zum Sinken; von drei Seglern fand ein ere den Tod in den Wellen, die beiden andern wurden mit Mühe gerettet.

Paris. Dath Mail berichtet: Da das Wetter und alle sonstigen Vorbedingungen günstig zu sein scheinen, wird das Hiesenseilfluggeschiff „M. 38“ am 25. August den seit längerer Zeit geplanten Flug über den Ozean antreten.

Madrid. Nach einer Meldung aus Cordova stürzte in der Nähe von Pedro Abad eine im Bau befindliche Brücke ein. 6 Personen sollen getötet und 9 verwundet worden sein.

Parteigenossen! Stärkt den Wahlfond!

andere als die Gewerkschaften sind dazu imstande, für die Unterbringung der Arbeiterstudenten im Inland wie im Ausland zu sorgen. Eine Perspektive ist sich auf, glücklicherweise für die Arbeiterpartei. Alle Studenten in Deutschland arbeiten einen Teil des Jahres in Industrie und Landwirtschaft. Die Gewerkschaften vermitteln die Arbeit für diese Arbeitsstunden. Tausende von Studenten gehen ins Ausland, wie tausende Studenten müssen, wenn sie als vollberechtigte akademische Bürger gelten wollen, Arbeiterstudenten sein, d. h. neben ihrem Studium auch in die Arbeit des Proletariats hineinsteigen.

Zukunftsmusik! Zukunftsmusik ja, wenn die Welt noch das Gesicht der Vorkriegszeit tragen würde. Aber sehen wir uns doch um! Tagtäglich erzählen uns die Führer Deutschlands, daß das Schwerte noch bevorsteht. Und das ist wirklich kein Wis und wenn wir die Katastrophe ansehen, in die Rußland soeben hineinstürzt und wenn wir mit Schaudern sehen, daß ein freigeschaffener Leichnam in Paris mit dem Frieden der Welt schindluder treibt, dann sind wir sicher, daß die Zeit rasch, nur allzu rasch dafür sorgen wird, daß aus dem Arbeiterstudenten nicht bloß eine vorübergehende Erscheinung wird, sondern daß der Arbeiterstudent der Student der Zukunft ist und bleibt.

Arbeiterstudent? Gibt es nicht eigentlich noch einen Doppelgänger des Arbeiterstudenten? Doch, der Arbeiter, der sich in seinen freien Stunden immer wieder geistig vorwärts gebracht hat, der er fähig und reif ist, tiefer in das Studium der Wissenschaft hineinzustiegen. Die Frankfurter Akademie für Arbeit kennt ebenfalls einen Arbeiterstudenten. Diese Arbeiterstudenten kommen von der Arbeit her zum Studium, der andere kommt vom Studium her zur Arbeit. Von zwei Seiten wird der Berg angebohrt und durchstochen, in dem heute noch der Köhler des Reichstums der Drache Fajner liegt, von dem das Wort gilt: „Ach liege und bestehe, laßt mich schlafen!“

Die Gewerkschaften sagen es selbst, es sei für sie jetzt eine neue Zeit angebrochen, jetzt gälte es nicht mehr bloß Lohnkämpfe zu organisieren, jetzt gälte es um den Neuaufbau des Sozialismus. Diesen Neuaufbau werden die Gewerkschaften um so rascher und um so sicherer herstellen, je mehr es ihnen gelingt, den Arbeiterstudenten dem Studententum als neues Ideal vorzustellen. Curt Eisner sagte einmal, fürchterlicher und schredlicher als die Kluft zwischen Reßenden und Nicht-Beßenden sei die Kluft zwischen den geistig Beßenden und geistig Nicht-Beßenden. Aber es ist keine Zeit zum Verzagen gegeben. Wer Augen hat, zu sehen, sieht eine neue Welt wachsen. Der Arbeiterstudent ist ein Stück dieser neuen Welt, einer ganz neuen Welt.

Der Arbeiterstudent

Auf dem 4. deutschen Studententag in Erlangen spielte sich ein Vorgang ab, der wert ist, etwas genauer besprochen zu werden. Zu diesem Tag war der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eingeladen. Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes begrüßte den neuen Studententypus, den sogenannten Berufstudenten. Das ist jener Student, der heute in den Ferienstätten in den Fabriken oder auf den Feldern arbeiten muß, um studieren zu können.

Der Student als Arbeiter! Ein verheißungsvoller Anfang! Dieser neue Student, der einen Teil des Jahres zusammen mit dem Proletariat in der Werkstatt, in der Werkstatt, auf dem Feld oder in der Fabrik, die Hand und Knie des Tages trägt, muß ganz selbstverständlicher Weise eine völlig andere Haltung gegenüber dem Proletariat im Laufe der Zeit einnehmen, als jener alte „Studententypus“, der in den Ferienzeiten entweder sich noch tief in den Bücherberg bergab oder sich den Tändeleien und romantischen Schwärmerien des Kopfstudententums hingab. Der Arbeiterstudent wird endlich die Brücke schlagen vom Proletariat zu den Intellektuellen hinüber. Der Arbeiterstudent wird die Kluft des Proletariats, die immer noch zwischen dem „Kammler mit den blauen Ärmeln“ und dem Geistesarbeiter besteht, ausfüllen. Der Arbeiterstudent als Element der Vermittlung und Überbrückung wird für das Proletariat und für den Befreiungskampf der Arbeit von ebenso großer Bedeutung sein, wie der neue Beamte, der ohne Kengigkeit und ohne Scheuflappen sich wagt und entschlossen auf den Boden der Demokratie und der Befreiung an die Seite der freien Gewerkschaften stellt. Als vor einigen Tagen die Annäherung der deutschen Beamenschaft an die freien Gewerkschaften gemeldet wurde, ging ein Angewandter durch die bürgerliche Presse. Alle die offenen und verheulten reaktionären Geister haben Angst davor, daß dem Proletariat aus den Reihen der Beamenschaft und der Intelligenz neue Kräfte zuströmen könnten.

Der Arbeiterstudent bedeutet etwas Neues in der deutschen Kultur. Sein Auftreten signalisiert einen neuen Abschnitt in der Geschichte des deutschen Studententums. Wir haben erst Reime, Anläufe und Anfänge vor uns, aber verheißungsvolle Anfänge, die alle die Kleingläubigen in der sozialistischen Bewegung mit neuem Mut und neuer Zuversicht erfüllen müssen.

Es sind vielleicht 10 Jahre her, da wurde in München in verschiedenen Versammlungen, in denen der berühmte Rechtslehrer v. Amira über die Einführung in das Rechtsstudium sprach, darauf hingewiesen, daß nicht nur die Besitzverhältnisse

der Juristen durch Ferienarbeit der Studenten befristet werden, sondern daß überhaupt jeder Student im Laufe des Jahres einen gewissen Teil der Zeit in der Industrie oder in der Landwirtschaft, je nach seiner Eignung und je nach seinem späteren Beruf arbeiten sollte. Von sozialistischer Seite wurde bereits damals darauf hingewiesen, daß eigentlich jeder Student erst dann wieder nach den Ferien zur Arbeit auf der Universität zugelassen werden sollte, wenn er in den Ferien in der Industrie oder in der Landwirtschaft gearbeitet habe. Heute zwingt nun die Not einen Teil der Studenten, eine für die Arbeiterstudenten sehr segensreiche Tätigkeit neben ihrem Studium auszuüben. Der Weg, der durch die Not beschritten werden muß, mühte aus sittlichen und kulturellen Gründen heraus von allen begangen werden. Hier kann im guten Sinne wirklich einmal aus der Not eine Tugend gemacht werden.

Die Erfahrungen, die die Studenten als Ferienarbeiter gemacht haben, sind außerordentlich interessant und gut. Ein Bericht, den die Stuttgarter Firma Robert Weich über die Ferienarbeit von 16 Studenten für die Dauer der sechsmonatlichen Osterferien meldet nach der „Sozialen Praxis“ folgendes:

Es kommen nur Studenten in Frage, die aus ihrer Ferienarbeit bei der Firma für ihren späteren Beruf Gewinn haben konnten. Für den Ingenieurstudenten war das selbstverständlich, daß er etwas für seinen Beruf profitieren mußte. Aber auch der Jurist und der Theologe — so betont der Bericht, muß aus dem Umgang mit Menschen aus Bevölkerungsgeschichten, von denen er während seiner Studienzeit sonst wenig zusammenkommt, viel lernen. Auch zahlreiche andere Betriebe berichten ebenfalls von guten Erfolgen, die solche Ferienarbeit für beide Parteien geeignet haben. Der Blick ins volle Menschenleben ist so wichtig, die Weisheit der Väter. Der Bericht hebt noch hervor, wie sehr der Umgang zwischen Studenten und Arbeitern auf die Befreiung vieler Vorurteile hingewirkt habe.

Die Erfahrungen, die also in dem Arbeiterstudenten bisher gemacht wurden, zeigen zur Nachbesserung auf dem neuen Weg des Studententums. Zu diesen eigenen Erfahrungen kommt nun noch das Beispiel hinzu, das uns das Ausland gibt. China ist heute dabei, eine Reihe Studenten nach Europa zu schicken, vor allem nach Frankreich, und diese chinesischen Studenten suchen sich ihren Lebensunterhalt durch praktische Arbeit zu verdienen. „Arbeit schändet nicht!“ — das ist ein Wort, das bei uns zwar recht oft gebraucht, anscheinend aber in China viel besser als bei uns zur Lebensmaxime gemacht wird.

Für die Förderung des Arbeiterstudenten können die Gewerkschaften unendlich wertvolle Arbeit leisten. Niemand

Hauptversammlung des Sozialdem. Vereins Karlsruhe Unsere Stellung zum Programmwurf

Die gefrige sehr gut besuchte Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im „Elefanten“ befähigte sich mit der Kritik des neuen Parteiprogramms, sowie der Beratung der Anträge zum deutschen und badischen Parteitag und der Wahl der Delegierten zum badischen Parteitag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Gen. Schwerdt in ehrenvollen Worten des Ablebens des gestorbenen alten Parteigenossen Lorenz Kästel, der in treuer Pflichterfüllung sich stets an der Parteiarbeit nach Kräften beteiligte, woran sich die jungen Parteigenossen ein Beispiel nehmen können. Die Versammlung ehrte den Verstorbenen in ähnlicher Weise.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung „Das neue Parteiprogramm“ sprach alsdann Hauptlehrer Gen. Haebler. Derselbe hat den in der Presse bekanntgegebenen Programmwurf letzter Tage bereits im „Volksfreund“ kritisiert und legte seinem Vortrag, die in dem betreffenden Artikel niedergelegten Gedanken zu Grunde. Er führte u. a. aus:

Es ist eigentlich falsch, von einem „neuen Programm“ zu sprechen; die Arbeit, die vorliegt, ist vorerst nur Entwurf, der durch den Parteitag geändert werden kann; ja, was wahrscheinlich ist, sogar als ganzes in der gegenwärtigen Fassung abgelehnt werden wird.

Es kann nicht so sehr Aufgabe des Programms sein, die politischen Wege zum Sozialismus im Einzelnen anzugeben oder eine kritische Betrachtung der Gegenwart zu geben. Auf diesen beiden Grundgedanken baut sich aber der Entwurf auf.

In seinem ersten Teil gibt er eine Darstellung der gegenwärtigen Lage, nachdem er ganz kurz u. in einer trockenen, man ist versucht zu sagen, bürokratischen Sprache in einem Satz das Ziel der Sozialdemokratie darlegt: „Die sozialdemokratische Partei ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft u. damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.“ In diesen einen Satz sind folgende wesentliche Begriffe hineingearbeitet: 1. das arbeitende Volk; 2. das kapitalistische Wirtschaftssystem; 3. seine Überwindung; 4. die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder; 5. sozialistische Gemeinwirtschaft; 6. geistige Kultur; 7. sittliche Kultur und 8. deren höchste Steigerung.

Dem Zwecke, der Methode und dem Sinne nach ist dieser Satz somit eine wissenschaftliche Definition, die dem Verfasser als einem klar denkenden und formenden Kopf zwar alle Ehre macht, die aber, wie schließlich jede Definition eines Sammelbegriffes, auf nackte Einzelbegriffe hinausläuft. Ein derartiger Satz ist berechtigt in einer wissenschaftlichen Erörterung; aber nicht in dem Programm einer politischen Partei, deren Zweck sein soll die Aufklärung des politischen Bewusstseins und die Erkenntnis der wissenschaftlichen Notwendigkeiten. An Stelle dieses Satzes müßte darum stehen, nicht eine nur die wissenschaftliche und theoretische Erkenntnis des politischen Seins erläuternde Darlegung, sondern in erster Linie eine mitreisende, an den politischen Willen des arbeitenden Volkes appellierende Ansprache, die höchste, letzte Ziele gibt; ein Bild von dem, was wir wollen in unserem letzten Willen, ein Aufruf, der das Volk wahrhaftig: ein leuchtendes Ziel, dem man durch alle die Mühe, Schwierigkeiten, Hemmnisse der Gegenwart zustrebt.

Es ist das an und für sich gewiß auch in jenem Satz enthalten, aber es ist psychologisch falsch, dies in der Weise zu sagen, weil der trockene Stil einer begrifflichen Definition ernüchternd wirkt und schon von sich aus kritisch stimmt, und weil für das heutige Denken Ausdrücke wie „kapitalistische Gesellschaft“ oder „arbeitendes Volk“ oder „sozialistische Gemeinwirtschaft“ längst nicht mehr jene aufreißende Stimmung in sich tragen, die sie vor dreißig Jahren hatten.

Der zweite Grund, der vielfach zu einer Ablehnung geführt hat, bezieht sich auf die durchgehend revolutionäre Einstellung des Programmwurfs. Aber dabei wird gerne eines übersehen: und das ist die Tatsache, daß wir — bei all unserer Beteiligung an der Regierung, Verantwortung in den Parlamenten, in Reich, Land und Gemeinde —, im Grunde eben doch eine revolutionäre Partei sind und bleiben müssen, revolutionär in dem Sinne, daß wir eine Umwälzung der bestehenden Wirtschaftsform wollen, daß wir den heute mehr den je herrschenden Kapitalismus beseitigen wollen, um an seine Stelle die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Der Gedanke kommt im Programmwurf nicht zum Ausdruck. Und hier wurzelt tiefsten Grundes die auffallende allgemeine Ablehnung des Entwurfs, darum fehlt diesem Programm der Wille, Mut und Leben. Tagtäglich spürt die Arbeiterklasse, daß der Gedanke des Klassenkampfes nicht eine volkswirtschaftliche Theorie ist, sondern das Leben selbst, das sich innerhalb des Kapitalismus in den mannigfachen Formen des Klassenkampfes vollzieht, von der rücksichtslosen Ausbeutung der Notlage bis zu den verfeinerten Mitteln des Parlamentarismus. Das hätte der Entwurf in zweiter Reihe betonen müssen. Statt dessen gibt er eine wiederum reichlich begriffsgemäße, aber anschauliche kritische Betrachtung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage. Er spricht vom Weltkrieg und dem Versailler Frieden, von zeitlich typischen Erscheinungen wie Kriegslieferanten, er betont die gegenwärtige machtpolitische Situation der kapitalistischen Siegerstaaten und ihre Gefahren. Das alles ist natürlich richtig; aber innerhalb eines sozialistischen Programmes und insbesondere innerhalb seines grundlegenden allgemeinen Teiles ist es unnützlich und flach. Es wirkt auch gar nicht agitatorisch, was vielleicht bezweckt war, sondern ist die selbstverständliche Feststellung eines allgemein anerkannten Zustandes. Ganze Sätze dieses Teiles sind Feststellungen der gegenwärtigen Verhältnisse, die so objektiv richtig sind, daß sie gerade so gut in einem deutschnationalen Programm stehen könnten. Wenn dann im folgenden der Entwurf eine Darlegung gibt, wie diese Auswirkungen des kapitalistischen Systems überwunden werden können, so geschieht dies durch Aufzählung der verschiedenen Möglichkeiten realpolitischer Gestaltung des sozialistischen Gedankens. Dagegen ist dem Gedanken der Revolution des Versailler Friedens und des Völkerbundes im grundlegenden, grundsätzlichen allgemeinen Teil ein ganzer Abschnitt gewidmet, zwei an sich gewiß wichtige Probleme, aber doch nicht als Grundlage eines sozialistischen Programms! So gibt der erste grundlegende Teil das Bild der rein begriffsmäßigen Herabsetzung aller möglichen Probleme, eine Zusammenfassung von Dingen, die erläutert werden müssen, um klar zu sein. Und über all dem verläuft das Wesentliche übersehen, das Wichtigste, dasjenige, das allein die Seele, das Geiste einer Bewegung ausmacht: der tragende Grund des absoluten Glaubens an die geistige, sittliche und wirtschaftliche, an die innere und äußere Notwendigkeit des Sozialismus. In keinem Punkt ist davon die Rede, daß das höchste Ziel der Sozialismus ist: die

Befreiung des Menschen! und daß der Weg zur Befreiung der Menschheit nur der Klassenkampf des Proletariats sein kann und daß alles andere nur Mittel sind zu diesem letzten höchsten Ziel! Die Verfasser haben ganz vergessen, ihren Blick zunächst einmal auf das große Ziel einzustellen, sie haben vergessen, daß ein Karl Marx davon gesprochen hat, daß die bisherige Entwicklung der Menschheit und ihre weitere Entwicklung bis zum Sieg des Sozialismus nur die Vorgeschichte der Menschheit ist und daß die eigentliche Geschichte der Menschheit erst mit der sozialistischen Gesellschaft beginnen kann, weil dann erst die Menschheit wirklich Menschentum verkörpert kann. Das ist der revolutionäre Gedanke im Sozialismus. Dieser Gedanke lebte im Erfurter Programm und er muß auch im neuen Programm leben und wirken wollen, sonst ist es eben nicht das Programm einer sozialistischen Partei!

Die Einwendungen, die gegen den allgemeinen Teil des Programmwurfs erhoben werden, sind von so weitreichender und grundsätzlicher Bedeutung, daß es sich hier nicht darum handeln darf zu verlangen, dieser Teil müsse nochmals überarbeitet werden, sondern hier ist zu fordern eine ganz neue, von ganz anderen Gesichtspunkten her bestimmte und bestimmende Arbeit. Und dieser allgemeine Teil muß in erster Linie entfallen das klare Bekenntnis, daß die Sozialdemokratie eine Kampfgesellschaft zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft ist und daß dieser Kampf notwendigerweise ein Kampf der arbeitenden Klasse gegen ihre wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ausbeuter und Unterdrücker sein muß. Zweitens muß der erste Teil jenem Streben Ausdruck geben, das insbesondere in den Kreisen der sogenannten Jungsozialisten, aber auch in anderen Kreisen lebendig ist. Es ist die entschiedene Ablehnung des sozialistischen Materialismus, der seinen Ursprung hat in jenem philosophischen Untergrund des Marxismus, der die Willensfreiheit oder die naturgesetzliche Notwendigkeit der ökonomisch-historischen Entwicklung zum Sozialismus verkennt. Aus diesem Grund, daß der Sozialismus notwendig kommen muß, ob die Menschen es wollen oder nicht, ist allmählich eine Laubstich des Willens entstanden, eine Angst vor der eigenen Tapferkeit, ein vorstichtiges Reformertum, das nicht ganz ohne Schuld daran ist, daß die Revolution nicht stärker ausgemerzt wurde, daß auch heute noch allzu sehr Rücksicht genommen wird auf die angeblichen Schwächen der Gegenwart. Die Entwicklung der modernen Menschheit geht gewiß zum Sozialismus. Aber sie geht über Überstände und diese müssen überwunden werden durch den Willen zum Sozialismus. Dieser Wille und dieser Glaube, der fehlt vielfach, muß deshalb heraus aus dieser Unsicherheit der Willenskräfte, der sittlichen und religiösen Kräfte der Menschen. So geht durch unsere Zeit eine starke Bewegung, gerade diese Kräfte wieder unter neuen Gesichtspunkten lebendig werden zu lassen.

Auf den zweiten Teil des Entwurfs einzugehen, der die einzelnen Forderungen enthält, hat kaum einen Sinn. Es ist höchstens festzustellen, daß die einzelnen Forderungen nicht miteinander innerlich und klar verbunden sind, sondern nebeneinander stehen, unbeeinträchtigt voneinander. Man kann an einzelnen Punkten gewiß Kritik üben, aber diese Kritik ist nicht wesentlich. Auch durch den zweiten Teil weht etwas von dem revolutionären Luft und zu wenig ist zu spüren von der revolutionären Willen, der die Dinge entscheiden anpaßt. Das Rezept des Theaterdirektors in Goethes „Faust“ scheint Rate gestanden zu haben. Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen.

Es ist auch kein Wunder, wenn man weiß, wie diese Vorschläge entstanden sind: durch eine Reihe von Kommissionen, die nebeneinander gearbeitet haben. Und hier nun erhebt sich die Frage, ob dies überhaupt die richtige Methode, der beste Weg ist ein Programm zu schaffen. Ein sozialistisches Programm muß ein Bild der Welt geben. Soweit Sach- und Fachkenntnis notwendig sind, bleibt es im Wesentlichen doch nur bei großen Grundzügen. Zudem liegt die Gefahr nahe, daß sich Fachleute gerne in Einzelheiten verlieren. Demgegenüber stehe ich auf dem Standpunkt, daß das neue Programm unter Zugrundelegung der Parteitagebeschlüsse, von ganz wenigen, starken Persönlichkeiten formuliert werden solle; am besten auf dem Wege eines freien Ausdrehens von Einzelnen, über deren Entwürfe dann erst eine kritische Kommission und zuletzt der Parteitag zu entscheiden hätte. Das wäre eine Möglichkeit, alle geistigen Kräfte der Partei aufzurufen.

Zusammenfassend komme ich so zu dem Ergebnis: Der Entwurf ist in der vorliegenden Form nicht geeignet. Er gibt insbesondere in seinem allgemeinen Teil nicht das Wesentliche der sozialdemokratischen Bewegung in Ziel und Methode. Was wir brauchen, das ist ein Programm, das in erster Linie Kunde gibt von der gewaltigen historischen Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei: dem Menschen die Befreiung zu bringen von dem Joch des Kapitalismus, Militar und Staaten umzuformen zur Menschheit!

Die Ausführungen des Genossen Haebler wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Gen. Schwerdt gab folgende

Anträge

des Gen. Haebler zum Programmwurf bekannt: Die Hauptversammlung der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe beschließt folgendes:

I. Der Entwurf des Parteiprogramms ist in der vorliegenden Fassung nicht geeignet, das neue Programm der S. P. D. darzustellen.

- Das neue Programm muß vor allem enthalten:
 - den Gedanken, daß die sozialistische Gesellschaft die innere und äußere Befreiung des Menschen und der Menschheit bedeutet;
 - daß diese Befreiung nur auf dem Wege eines entschiedenen Kampfes gegen die kapitalistische Klasse möglich ist;
 - in einem zweiten Teil muß es aufgrund der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage die nächsten möglichen Wege zu diesem Ziel angeben und zwar in knapper Form, die für die Entwicklung des einzelnen genügend Spielraum läßt.

III. Ferner fordern wir, daß Entwürfe zu einem solchen Programm allgemein einzuverlangen sind, um so allen Parteigenossen die Möglichkeit der Mitarbeit zu geben. Die nach Ansicht des Parteivorstandes oder einer Kommission drei oder mehr besten Entwürfe sind dem Parteitag 1922 zur Entscheidung vorzulegen.

Des weiteren sind zum deutschen Parteitag folgende Anträge des Gen. Kunge eingegangen:

- Die Reichstagsfraktion wird ersucht, alle Mittel anzuwenden, um zu verhindern, daß die für die breiten Massen unentbehrlichen Lebensmittel, wie Zucker usw., durch neue Steuern im Preise weiter erhöht werden.
- Die durch die große Dürre verursachten vielen Brände geben unserer Partei erneut Veranlassung, für die Über-

nahme des gesamten Versicherungswesens durch den Staat einzutreten; die Reichstagsfraktion hat die nötigen Schritte zu unternehmen.

3. Zum badischen Parteitag ist folgender Antrag des Gen. Köppe eingegangen:

Der Parteitag wolle beschließen, den Gen. Dr. Kraus-Geibelberg an aussichtsreiche Stelle auf die Landeswahlliste zu setzen.

In der

Aussprache

begründet als erster Redner Gen. Kunge die von ihm gestellten Anträge. Er weist auf die Absichten des Landbundes, einen Lieferfreizug zu inszenieren, welcher Absicht unbedingt entgegenzuwirken werden müsse. Auch sei es unbedingt nötig, im Interesse der Kinder, die Zuckersteuer aufzuheben. — Die Versicherungs-gesellschaften verteilen riesige Dividenden, während für die unglücklichen gesammelten wird. Der Staat müsse das Versicherungs-wesen übernehmen, die Versicherer müsse obligatorisch sein. — Bezüglich der Programmkritik stimmt Redner dem Gen. Haebler zu. Besonders der Klassenkampf gelte entschieden betont. Die größte Aufgabe, die die Partei in der nächsten Zeit hat, sei, daß nicht die Produktion gesteigert werde, sondern, daß vor allem auch alle vorhandenen Arbeitskräfte zur Produktion herangezogen werden. Das Kapitel „Finanzen“ sei ebenfalls etwas dürftig ausgefallen; ebenso sei die wirtschaftliche Gleichstellung der Frau hervorzuheben. — Gen. Köppe schließt sich ebenfalls der Haebler'schen Kritik an. Der Entwurf sei zu spät herausgekommen, und was er dann gebracht habe, sei unzulänglich. Ledersachen müsse der Mangel an Bestimmtheit. Das Wort „Sozialisierung“ sei sorgfältig zu vermeiden. Auch der sozial-programmatische Teil sei nichtmündlich behandelt. Auf den Begriff „Kulturpolitik“ sei vom Parteitag allergrößter Wert zu legen. Der Entwurf muß entweder an die Kommission zurückverwiesen werden oder es müsse ein neuer Entwurf geschaffen werden. — Gen. Kunge weist darauf hin, daß dieser Programmwurf sicher nicht Programm werden wird. Die Kommission sollte sich aus Leuten zusammen, die die nötige Erfahrung und auch das nötige Rüstzeug mitbrachten. Man kann dem Parteitag des letzten Jahres keinen Vorwurf machen die besten Männer der Partei wurden in die Kommission bestimmt. Man wird den Entwurf wohl zunächst diskutieren und ihn entweder an die alte Kommission zurückgeben oder eine neue bestimme. Gegen die Pläne des Landbundes muß der Parteitag Stellung nehmen. Den Anträgen des Gen. Haebler sei zuzustimmen. — Gen. Wöringer ist mit der Beurteilung des Entwurfs durch Genosse Haebler nicht einverstanden. Im Programm kann nicht alles stehen. Das Zukunftsziel nützt uns jetzt nichts, sondern jetzt müssen wir die praktischen Wege kennen lernen, wie wir den Kapitalismus bezwingen wollen. Wir werden aber in dem Sinne, den wir als Sozialisten kennen, weiterarbeiten, ob wir jetzt schon ein Programm haben oder nicht. —

Im Schlußwort ging Gen. Haebler auf einige Einwände in der Diskussion ein. Die von ihm formulierten Anträge werden mit übergroßer Mehrheit angenommen. — Die Anträge des Genossen Kunge werden ebenfalls angenommen.

Den Antrag betreffend Kandidatur von Gen. Dr. Kraus begründet Gen. Köppe. Es sprachen zu der Frage noch die Gen. Köp, Weismann, Kunge und Köppe. Der Antrag wurde schließlich angenommen.

Als Delegierte zum badischen Parteitag wurden die Genossen Schwerdt, Lang, Haebler, Müller-Würz, Valentin Müller und Genossin Müller gewählt.

Aus dem Lande

Leuzkirchener, 18. August. (Sozialdemokr. Partei) Samstag, 20. August, abends punkt 9 Uhr, findet in der Welt „Zur Blume“ eine außerst wichtige Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen jedes einzelnen Genossen ist unbedingt erforderlich.

3. März, 15. Aug. Sein 21jähriges Stiftungsfest bezieht am vorletzten Sonntag der Arbeiter-Gesangverein „Erdbeerbund“ März. Recht zahlreich hatten sich die Brudervereine der Umgebung eingefunden. Vom Bahnhof aus ging unter den Klängen der Freiheitskapelle nach dem Schulplatz, den fleißige Hände mit einem Landbus versehen hatten als Gefäß für die festlichen Räume. Hier entwickelte sich bald ein kleiner Sängerkreis, unterbrochen durch Vorträge sowie Vorführungen der Freien Turnerschaft März. Der 1. Vorträge begrüßte die Freiwilligen und dankte für das zahlreiche Erscheinen. Gesungen: „Zillhardt, Karlsruhe vom Garbentand ermahnte die Sangesgenossen, in der Agitation nicht zu erlahmen, ganz besonders den bürgerlichen Arbeiterfremden gegenüber. Schnell schwanden die Stunden und man trennte sich mit dem Bewußtsein, ein schönes Arbeiterfest gefeiert zu haben.

Geibelberg, 17. August. Warnung vor einem Schwindler. Eine Anzahl heifer Familien ist von einem angeblichen Real- und Zuckereisenbetriebe betroffen worden. Der Mann gibt an, von einer Firma Gruber u. Co. aus Speyer gesandt zu sein und will Bestellungen für Lieferungen von Mehl und Zucker entgegennehmen. Dabei legt er mit Schreibmaschinenschrift geschriebene Bestellscheine vor und führt Mehl- und Zuckertraben mit sich. In der Regel verlangte der Betrüger eine Anzahlung von 75 M., da eine Zustellung per Nachnahme nicht möglich sei. Bestellungen ergehen, daß die angegebene Firma in Speyer nicht existiert. Vermutlich versucht der Gauner sein Glück noch an mehreren Stellen und Orten. Bei seinem Wiederauftreten ist es angebracht, den Schwindler sofort festnehmen zu lassen.

Willingen, 17. August. Der „Schwarzwälder“ herrscht, daß vor einigen Tagen die Spuren eines ausgedehnten räuberischen Schloßes (Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude) in der Nähe von Willingen festgesetzt worden sei.

Güstenbach b. Triberg, 17. August. Bei der Neuverpachtung des 20 Minuten vom Dorfe entfernten, der Gemeinde gehörenden Untergrundhofes betrug das höchste Angebot eines Mannheimers 18 500 M., die beiden folgenden Angebote von Landwirten 12 600 M. und 12 000 M. Der Zuschlag wird vom Gemeinderat in 8 Tagen erteilt. Bis her wurde ein Pachtzins von 1 800 M. bezahlt. (Und da wundern, man sich noch wenn die Preise der Produktion immer höher klettern!)

Freiburg, 17. Aug. Die kürzlich aus dem Amtsgerichtsgefängnis entlassenen beiden Luzerner Silbergräber waren von hiesigen Landgerichte zu mehreren Monaten Gefängnis und 4 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sie Revision eingeleitet, die jetzt vor dem Reichsgericht verhandelt werden sollte. Das Reichsgericht hat das Urteil im vollen Umfang aufgehoben und die Angeklagten an das Landgericht zurückverwiesen.

Freiburg i. Br. Die Gattin des früheren Reichslandgrafen Fechenbach ist hier nach längerem Leiden gestern abend gestorben.

Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16

empfehlen: Das Glanzbuch der Früchte und Gemüse mit 22 Bildungen. Preis 1.50 M.; Porto 60 P.

Koninim Bejen Tagen des Staat landsdirekt

haben un herbeige Oberber immer n

Ernte aus Landwirte gen. Keit andere un genug aus ein etwa den Perso über, w wurde. I stungen tr

18. A in 1907

Die Infandte gabe all erucht, jedes Bu gegeben.

Berri angefoht wegen V statt best marck B beniusfr

In je wie viel wärtig ist diese Ver was uns dieser G gen. Da iohn, so einen Lo jemand t

Dieses trotz der der Unte Die Wa dreife das Hurd Butter 1. wie jeder waren in

längere verbrauch lohn, so bensmitt schließlich Schuber langen f Steuern träge, so Das übri man mit Bring mit den Ruhe ein

Jetzt örechen. Nummer land, Am nehmen, die Teuer In Ameri dent für meint, ein 90 Cent da kann konnter durch St uns best

Alfo um 30 A nigt um

Konstanz, 17. August. Das Badhaus Jakob, das zu einem Beamtenheim umgestaltet worden ist, ist in diesen Tagen in Anwesenheit des Ministers des Innern Memmel, des Staatsrat Schön, Oberbürgermeisters Dr. Mörike und Verbandsdirektors Weiler eröffnet worden.

Das Steigen des Rheins. Die ergiebigen Regenfälle haben nunmehr auch ein Anwachsen des Rheinstromes herbeigeführt, allerdings dürfte der jetzige Wasserstand auf dem Oberrhein für eine Wiederaufnahme der Schleppschiffahrt noch immer nicht ausreichen. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Zuflüsse weitere Wassermengen herbeiführen. Der niedrigste Wasserstand während der langen Stilleperiode dürfte auf dem Oberrhein wohl am 11. August verzeichnet worden sein. In diesem Tage betrug der Wasserstand am Pegel der Schusterinsel 0,95 Meter, während er bis zum 17. d. M. daselbst auf 1,45 Meter gestiegen ist. Auch bei Mannheim hatte der Wasserstand von 2,15 Meter am 1. August auf 2,78 Meter am 17. August zugenommen. In den letzten beiden Tagen ist der Wasserstand im allgemeinen um 15 Ztm. gestiegen. Im Durchschnitt beträgt der Zufluß in den Tagen vom 11. bis 17. August einen halben Meter.

Kleine Mitteilungen. In Neukirchs Umgebung ist die Ernte außerordentlich gut ausgefallen. Es heißt, daß die Landwirte kaum instande sind, die ganze Frucht unterzubringen. Weider werden wohl auch hier wie anderswo Schieber und andere unredliche Elemente die sehr günstigen Verhältnisse bald genug ausnützen. — Auf dem Bahnhöfchen Jümmenlingen wurde ein etwa 10jähriger Junge auf einen nach Konstanz abfahrenden Personenzug aufspringend, gittet aber aus und kam unter die Räder, wobei ihm ein Bein unterhalb des Knies abgefahren wurde. Der Verwundete wurde in das Krankenhaus nach Billingen transportiert. — In Neuwieser wollten zwei Knaben ausreiten. Die Pferde hatten aber seit zwei Tagen keine Bewegung mehr, das eine Pferd schlug aus und traf den einen der Knaben so auf den Leib, daß er schwere innere Verletzungen erlitt, denen er im Krankenhaus in Bühl erlag. — Aus Konstanz wird gemeldet, daß auf dem Postplatz am 17. August ein etwa 30 Jahre alter nervenleibender Mann geisteskrank wurde und einen Selbstmordversuch von solcher Heftigkeit erlitt, daß er von der Sanitätsrettungswache schleunigst in die Heilanstalt gebracht wurde.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 18. August. **Geschichtskalender**

18. Aug. 1890 Der franz. Schriftsteller Honoré de Balzac in Paris. — 1868 Gründung des Norddeutschen Bundes. — 1907 Internationaler Sozialistenkongreß in Stuttgart.

Karlsruher Parteinachrichten

Die Bibliothek der sozialdemokratischen Partei ist wegen Instandhaltung bis auf weiteres geschlossen. Es wird um 10 u. a. b. alle ausgegebenen Bücher bis Freitag, 19. d. Mts. ersucht. Für Bücher, die abgeholt werden müssen, wird für jedes Buch 1 M. erhoben. Die Eröffnung wird wieder bekannt gegeben.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Der für heute abend angeordnete Vortrag des Jugendgenossen E. Reuther muß wegen Verhinderung des Gen. Reuther ausfallen. Es findet stattdessen ein Abendbesprechung statt. Treffpunkt und Abmarsch Punkt 1/2 8 Uhr am „Tivoli“, Ecke Müppurrer- und Rebeniusstraße. Auch wird der Reigen geprobt.

Weltmarktpreise — Weltmarktlöhne!

In jeder Woche wird in den Zeitungen veröffentlicht, wie viel für ein Zwanzigmarktpfund gezahlt wird. Gegenwärtig sind es 340 M. für ein Zwanzigmarktpfund 170 M. Durch diese Veröffentlichung wird dem Volke vor Augen geführt, was uns infolge der Lohnabnahme in Papiermark auf dieser Summe fehlt, um auf den Friedensstand zu gelangen. Hatte jemand z. B. im Jahre 1914 30 M. Wochenlohn, so müßte er nach dem jetzigen Stande der Goldmark einen Lohn von 510 M. haben. Oder umgekehrt: Hat jetzt jemand von uns 300 M. Wochenlohn, so beträgt dieser tatsächlich noch nicht 20 M. in Friedenswährung.

Dieses ist der Schlüssel des Geheimnisses, weshalb man trotz der scheinbaren Höhe des Lohnes (der einen Anreiz der Untertnehmer zum Lohnabbau bildet), nicht auskommt. Die Waren hingegen werden alle dem Weltmarkt preis angepaßt. Kostete z. B. Fleisch im Frieden 80 S. das Pfund, so kostet es jetzt zwanzigmal so viel, also 16 M.; Butter 1.20 M., jetzt 29 M.; Fettkäse 80 S., jetzt 15 M. usw.; wie jeder in seiner Wirtschaft nachrechnen kann; von Textilwaren ist gar nicht zu reden, nur daß diese sowie Stiefel längere Zeit vorhalten, während die Lebensmittel gleich verbraucht werden. Hatte man im Frieden 30 M. Wochenlohn, so gab man bei kleiner Familie etwa 13 M. für Lebensmittel aus, 6 bis 7 M. für Steuer, Miete usw., so daß schließlich 10 M. für Anschaffung von Kleibern, Wäsche, Schuhen übrig blieben. Heute (bei 300 M. Wochenlohn) langen keine 170 M. für das Essen. Dazu kommen die Steuern mit 10 Prozent (früher etwa 5 Prozent), die Beiträge, so daß ungefähr 50 M. gleich im Geschäft bleiben. Das übrige ist dann für Anschaffungen bestimmt, nur daß man mit dem Gelde nicht so viel anfangen kann.

Bringen wir also die Weltmarktlöhne in Einklang mit den Weltmarktpreisen, dann können wir alles wieder so kaufen, wie im Frieden! Früher tritt doch keine Ruhe ein.

Nicht von einem Lohnabbau zu reden, ist ein Verbrechen. Die Kapitalpreise bringt zwar fast in jeder Nummer Notizen, wie geduldet in anderen Ländern (England, Amerika, Frankreich) die Arbeiter den Lohnabbau hinnehmen, vergißt aber zu bemerken, daß in diesen Ländern die Teuerung im Kriege lange nicht so zugenommen hatte. In Amerika verdient, wie ein Mitarbeiter des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ meint, ein ungelerner Arbeiter 80 Cts., ein Eisenarbeiter 90 Cents die Stunde, nach unserem Gelde 56 M. resp. 63 M., da kann man vielleicht schon etwas abbauen. In England konnten die Arbeiter während der Kriegszeit ihren Lohn durch Streik beträchtlich erhöhen, in Deutschland drohte man uns beständig mit dem Schützengraben.

Also nicht Lohnabbau, sondern Lohnaufbau! Gebt uns 30 M. in Gold (wie im Frieden), wir wechseln sie schleunigst um in Papier, erhalten 510 M. und uns ist geschehen!

Ermäßigung der Zeitrententaxe

Auf Eingaben an den Reichswirtschaftsrat, den Reichstag und die zuständigen Ministerien erhielt der Zentralverband der Angestellten in Berlin folgenden Bescheid:

Die Erhöhung der Fahrpreise am 1. Juni war zur Deckung des Defizits der Reichsbahnen nicht zu umgehen. Um das Ziel der Tarifherabsetzungen zu erreichen, war es nicht angängig, die Wochen- und Monatskarten von dieser Maßnahme auszunehmen. Es sind aber wegen der gegenwärtigen schwierigen Lage des Arbeitsmarktes Ermäßigungen der Zeitrententaxe in Aussicht genommen, die insbesondere für die Wochenkarten wesentliche Erleichterungen bedeuten. Die Wochenkarte wird künftig zu vier einfachen Fahrten zum normalen Fahrpreis berechnet werden, jedoch der Inhaber bereits nach zwei Hin- und Rückfahrten zur Arbeitsstätte die übrige Fahrt frei hat. Die Neuregelung wird sich aber infolge des umfangreichen Andrucks der Fahrkarten nicht vor dem 1. September ermöglichen lassen.

Arbeiterfrauenchor

So wie die dem Arbeiterpartei angehörenden Vereine suchen auch die Arbeiterfrauenchor und dessen angeschlossenen Vereine wertvolle kulturelle Aufgaben in die arbeitenden Schichten hineinzutragen. Neben unsern Männerchören ist auch der Arbeiterfrauenchor bestrebt, diese Aufgabe zu erfüllen. Die Leistungen desselben haben bewiesen, daß die derzeitige Direktion bestrebt, dem Ziele der Volkserziehung nahe zu kommen. Es ist aber notwendig, daß noch viel mehr sangeskundige Frauen und Mädchen dem Beispiele der jetzigen Sängerrinnen folgen und sich dem Verein anschließen. Wir wissen die Opfer zu schätzen, die bei der jetzigen Zeit gebracht werden müssen. Aber was in anderen Städten möglich ist, kann auch hier geschehen. Nur durch große Chorwerke kann etwas Gutes geleistet werden. Es haben so viele Zeit bei allen möglichen Gesellschaften oder Tischereien, die sich keine kulturelle Aufgaben als Ziel gesetzt haben, mitzuwirken und kostbare Zeit unnütz verstreuen.

Darum richten wir nochmals an Alle, Frauen und Mädchen, die es mit der Sache der organisierten Arbeiterchaft ernst meinen, das Ersuchen, einzutreten in den Arbeiterfrauenchor. Von Montag, 22. August ab, beginnen die regelmäßigen Gesangsstunden im Lokal zum „Prinz Ludwig“, Müppurrerstr., wo neu Eintretende gern aufgenommen werden.

Um in letzter Zeit entstandenen Zweifeln zu begegnen, sei mitgeteilt, daß der jüdischen u. Mädchenverein „Einigkeit“ mit unserm Arbeiterfrauenchor nichts gemein hat, da er nicht Mitglied des Arbeiterfrauenbundes ist und auch nicht dem Sängerkreis angehört.

Zündholzgeschäfte

Die Höchstpreise für Zündhölzer sind aufgehoben. Es lebe die freie Wirtschaft! Sie hat damit begonnen, daß die Preise nicht gefallen sind, im Gegenteil, in gewissen knapp verarbeiteten Teilen des Reiches machen sich sogar schon Preissteigerungen bemerkbar. Dabei berichtigt die „Deutsche Zündwaren-Zeitung“, daß sämtliche Fabriken mit voller Ausnutzung ihrer betriebstechnischen Mittel arbeiten und daß zurzeit keine Absatzschwierigkeiten bestehen. Selbst die großen Aktiengesellschaften seien nicht in der Lage, alle Aufträge prompt zu erledigen. Die Zündholzindustrie leidet heute durchaus nicht etwa unter Mangel an Holz; sie sind auch nicht durch allzu große Vorräte bedrückt und die Einfuhr von Auslandswaren ist unmöglich. Die Zündholzindustrie-Gesellschaft, die unter Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums steht, hat aber in Hamburg 23 000 Kisten Auslandszündhölzer liegen. Auch nur ein teilweiser Abfluß dieser Mengen in den deutschen Verbrauch würde eine wesentliche Verbilligung der Zündhölzer schaffen, ohne daß dadurch die Hochkonjunktur der deutschen Zündholzindustrie gestört würde. Nur der doch sicher sehr wünschenswerte Zustand träte ein, daß die Zündholzfabriken nicht mehr Höchstpreise nehmen könnten. Jetzt hat nun der Verein deutscher Zündholzfabrikanten an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, in der darum ersucht wird, von den in Hamburg lagernden 23 000 Kisten einen großen Teil in das Ausland auszuführen.

Wir erwarten vom Reichswirtschaftsrat und auch vom Reichswirtschaftsministerium, daß sie hier, wo sie die Möglichkeit haben, die Preisbildung zu beeinflussen, schleunigst eingreifen und die Zündholzpreise durch zeitweiliges Öffnen der Reserve-lager in Hamburg auf ein anständiges Maß zurückbringen.

Die neue Polizeistunde. Die Besprechungen über die Polizeistunde haben zu dem Resultat geführt, daß das Reichsministerium des Innern eine Verordnung ungefähr folgenden Inhalts herausgeben wird: Es wird den Rändern zwecks einheitlicher Regelung der Polizeistunde anheim gegeben, die Polizeistunde für Cafés, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften regelmäßig auf 1 Uhr, einmal in der Woche auf 1 Uhr nachts festzusetzen. Für gewisse Bezirke, z. B. große Städte und Städte, wo ein Bedürfnis nachweisbar ist, können die Ortspolizeibehörden eine Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr an allen übrigen Tagen in Aussicht nehmen. Die Festsetzung des Zeitpunktes des Zutritts dieser Verordnung steht noch aus.

Die Haus- und Straßensammlung. Am 23. und 24. Juli zugunsten des Vereins zur Jugendhilfe stattfand, lieferte ein Ertragsüberschuss von 17 493,50 M.

Die Möbel werden teurer. Man schreibt der „Konstanzer Zeitung“: Die laut Friedensvertrag von Versailles zu leistenden Lieferungen an Tannen-, Kiefern- und Eichenholz, Holzbohlenhäutern und Wohnungseinrichtungen für die zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens steht bevor und zieht, wie die jetzt schon fast einsehende Nachfrage nach Möbeln zeigt, naturgemäß eine Preissteigerung nach sich. Auch die Löhne steigen wohl in den nächsten Wochen ganz gewaltig, da bereits schon von den Gehältern eine etwa 40prozentige Lohnsteigerung gefordert wird. Die Preise der Möbel werden voraussichtlich um die Hälfte höher werden als bisher.

Stadtkonzert. Anlässlich des Verbandstages deutscher Zumeister, Gold- und Silberarbeiter, welcher den Reigen der Karlsruher Gewerkschaften eröffnet, findet am Freitag, den 19. d. Mts., abends von 8 bis 11 Uhr im Stadtkarten ein Doppelkonzert statt. Den musikalischen Teil des Programms bestreitet die Feuerwehrkapelle, während der Karlsruher Männergesangsverein „Liedertanz“ entgegenkommenderweise den Abend durch besonders hierzu ausgewählte Gesangsbeiträge bereichern wird. Im Fall ungünstiger Witterung findet das Konzert im großen Festsaal statt.

Ein Brillantenwerk mit anschließender bengalischer Beleuchtung des Sees und der Anlagen ist für kommenden Samstag, den 20. August d. Mts., abends vorgesehen. Es wird das letzte diesjährige Kunstfeuerwerk sein. Die Stadtkartenkommission beantragt und es wird sich gegenüber den früheren Feuerwerken ganz besonders durch Umfang und Pracht auszeichnen. Als Haupt- und Schlussspiel ist ein großes pyrotechnisches Schauspiel „Der Ketten-Austrich“ vorgesehen. Daneben findet Konzert des Karlsruher Musikvereins mit einem besonders ausgewählten Programm statt. Man nehme Karten im Vorverkauf.

Bahntarife vom 17. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 6,55 Cts. Auszahlung Holland notierte 27,22 C pro Loll. Gulden. Auszahlung Schweiz notierte 14,56 M. pro Schweizer. Fcs. Auszahlung England notierte 317 M. pro Pfund Sterling. Auszahlung Frankreich notierte 6,72 M. pro franz. Fcs. Auszahlung Neuseeland notierte 87 M. pro Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 140, gef. 5 Ztm. Neß 244, gef. 8 Ztm. Maxau 899, gef. 1 Ztm. Mannheim 284, gef. 6 Ztm.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 18. August 1921

Das Tiefdruckgebiet hat sich südwärts verlagert, doch erstrecken sich seine Niederschläge nur über Frankreich, während Süddeutschland trocken geblieben ist. Herrschaft des Hochdruckgebietes bringt nun weiter heiteres, trockenes Wetter. — Voraussichtliche Witterung bis Freitag, 19. August, nachts: Heiß heiter und trocken, nachts kühl, am Tage ziemlich warm.

Gewerkschaftliches

Die Bauarbeiter in München und Südbayern ausgesperrt

Die Arbeitgeberverbände für Hoch- und Tiefbau im Bezirk Südbayern teilen durch vertrauliches Zirkular den bayerischen Behörden mit, daß sie als „Abwehrmaßnahmen“ gegen die Arbeiterorganisationen sämtliche Bauarbeiter (Erdbauer, Landhilfearbeiter, Maurer, Zimmerer, Einschaler, Maschinisten, Schlosser usw.) im Bezirk Südbayern aussperrten. Sie ersuchen die Behörden, hinsichtlich der Vertragsbedingungen keine Fertigtellungsanträge weitgehendste Konzession zu machen. Insbesondere ersuchen sie, keine Aussperrungen einzustellen. Der Kampf werde ja im Interesse der Behörden sowie der privaten Auftraggeber geführt.

Wenn den Münchener Bauarbeitern der Geduldsfaden gerissen ist, kann man es menschlich begreiflich finden. Es werden an Maurer und Zimmerer Stundenlöhne von 5,90 M. gezahlt. Im Juli d. J. hand München unter den Großstädten mit seinen Löhnen an 40. Stelle. 1915 hand es an 8. Stelle. Die dortigen Arbeitgeber gehören wohl zu den rückwärtsstapfenden mit Selbstverständlichkeit werden die Bauarbeiter Südbayerns den Kampf so führen, wie es geziemt.

Rechte Nachrichten

Streiknachrichten

Berlin, 18. Aug. Die Arbeiter des Holzgewerbes von Mainz und zwar sowohl die freigewerkschaftlich als auch die arbeitslos organisierten haben beschlossen, von Donnerstag ab in den Streik zu treten, um neue Lohnforderungen durchzusetzen. Von dem Streik werden hauptsächlich die Möbelbranche und das Baugewerbe betroffen. — Mäntelermeldungen aus Stettin zufolge sind die Fischer in den Streik getreten. Seit Freitag voriger Woche streiken auch etwa 300 Arbeiter der Stettiner Sägereiwerte. Auch die städtischen Arbeiter Stettins haben neue Lohnforderungen gestellt.

Kaiserslautern, 12. Aug. Im hiesigen Holzgewerbe sind Lohnforderungen entstanden. Es scheint, daß es in verschiedenen größeren Betrieben zum Streik kommen wird.

Arbeitslosigkeit in Amerika

W.B. Paris, 17. Aug. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß nach Angabe des Arbeiterssekretärs die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig 5 795 000 beträgt.

Interparlamentarische Konferenz in Stockholm

W.B. Stockholm, 17. Aug. Die Teilnehmer an der interparlamentarischen Konferenz trafen gestern in Sonnerängen hier ein. „Socialdemokraten“ spendet ihnen einen Begrüßungsartikel und bedauert darin, daß die französischen und belgischen Gruppen ferngeblieben sind. „Svenske Dagbladet“ tritt scharf dafür ein, daß die Konferenz gegen diese Manifestation des Krieges nach dem Kriege ebenso wie die verjüngte Forderung der deutschen Wissenschaft Stellung nehme. — Schüding besprach in einem Interview die in der holländischen Presse geäußerte Anregung, durch ein Bekenntnis der deutschen Schuld an Kriege die Franzosen und Belgier milder zu stimmen. Er bezeichnet die Erfüllung dieser Anregung als unmöglich.

Der Völkerbundsrat tagt in Paris

W.B. Paris, 17. Aug. Nach den heute morgen vorliegenden Nachrichten dürfte der Völkerbundsrat für Oberstleuten seine Sitzungen in Paris und nicht in Genf abhalten. Der französische Vertreter ist in Paris eingetroffen und die meisten Mitglieder des Völkerbundsrats befinden sich bereits schon in Paris. Das gesamte Aktenmaterial steht ebenfalls in Paris zur Verfügung.

Scheffeltung: Georg Schäpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überlicht und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giesele; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Verbandsanzeiger

Verbandsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme. Karlsruhe. (Naturfreunde.) Die Buchhändler unseres Vereins werden gebeten, heute abend zur Arbeitsleistung beim Genossen Kestelhaus, Schützenstraße, sich einzufinden.

Karlsruhe. (Vassalla.) Heute Donnerstag abend 1/2 8 Uhr Zusammenkunft bei Mitglied Ruf, Wirtschaft zur „Schweiz“, Ecke Winter- und Wilhelmstraße. 5880

Karlsruhe. (Volkssänger.) Freitag, 19. Aug., abends 8 Uhr, Beginn der regelmäßigen Singstunden. Es bitten um Erscheinen sämtliche Sänger. 5574 Der Vorstand.

Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Heute abend 8 Uhr Parteiverammlung im „Nögle“ mit Vortrag des Genossen Schäpflin über die wirtschaftliche und politische Lage. 5582 Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheschließungen. Gustav Geiß von hier, Maler hier, mit Maria Ebel von Hunsdorf. Erwin Stoll von Gengenbach, Eisenb.-Zehr. hier, mit Johanna Fesler von Durlach. Dr. Robert Küster von Wangen, Student in Schwelm, mit Elise Klett von hier. Adolf Dariusch von Hagau, Händlereibesitzer alda, mit Elise Buch von hier. Heinrich Specht von Hoffenheim, Eisenbahn-Zehr. in Heilbronn, mit Emilie Claus von hier. Roman Wofski von Saunter, Banquier alda, mit Karo Döft geb. Vell von Neudorf.

Geburten. Hans Frick, v. Karl Bender, Schlosser. Kar. Max, v. Jakob Landmann, Kaufm. Irma Veria Anna, v. Arthur Jöller, Schlosser. Friederike Sibolle, v. Ernst Frhr. Röder v. Diersburg, Student. Helmut Albert, v. Karl Schulz, Hauptlehrer. Heinz Gerhard Albert, v. Frz. Häfner, Schlosser. Ingeborg Wina Frieda, v. Johann Gad, Reviseur. Elisabeth Charlotte Sofie, v. Edwin Mayer, Proturist. Elfriede Anneliese, v. Karl Lehmann, Fab.-Arb. Walter Heinrich, v. Joh. Barth, Mag.-Arb. Josef, Maria, v. Herm. Luttinger, Pol.-Wachtmstr.

Todesfälle. Bernhard Kofler, Metzgermeister, Chemann alt 44 Jahre. Maria, alt 16 Jahre, v. Hermann Krum, Ingenieur. Fritz, alt 17 Jahre, v. Oskar Bollmer, Obergewerbelehrer. Christine Westenfelder, ohne Beruf, ledig, alt 34 Jahre Karl Klüber, Dreher, ledig, alt 25 Jahre.

